

Präsident Dr. Norbert Lammert

(A)

(C)

(B)

(D)

Nun kommen wir zu den Tagesordnungspunkten 4 a bis 4 h:

- a) Abgabe einer Erklärung durch die Bundesregierung

Klimapolitik der Bundesregierung nach den Beschlüssen des Europäischen Rates

- b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) **Solares Unternehmertum in Deutschland – Herausforderungen annehmen, Chancen nutzen**
– Drucksache 16/3355 –
Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- c) Beratung des Antrags der Abgeordneten Michael Kauch, Angelika Brunkhorst, Horst Meierhofer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
Internationale und europäische Klimaschutzoffensive 2007
– Drucksache 16/4610 –
Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
- d) Beratung des Antrags der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Hans-Josef Fell, Birgitt Bender, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
Stromeinsparung voranbringen
- (B) – Drucksache 16/4760 –
Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss
- e) Beratung des Antrags der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Dr. Dagmar Enkelmann, Hans-Kurt Hill, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN
Nationales Sofortprogramm und verbindliche Ziele für den Klimaschutz festlegen
– Drucksache 16/5129 –
Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (f)
Finanzausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union
Haushaltsausschuss
- f) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Reinhard Loske, Cornelia Behm, Hans-Josef Fell, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN (C)
Für eine radikale und konsequente Klimapolitik
– Drucksachen 16/3283, 16/4766 –
Berichterstattung:
Abgeordnete Andreas Jung (Konstanz)
Frank Schwabe
Michael Kauch
Eva Bulling-Schröter
Dr. Reinhard Loske
- g) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss) zu dem Antrag der Abgeordneten Eva Bulling-Schröter, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN
Klares Signal für die Kyoto-II-Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi setzen
– Drucksachen 16/3026, 16/4767 –
Berichterstattung:
Abgeordnete Andreas Jung (Konstanz)
Frank Schwabe
Michael Kauch
Eva Bulling-Schröter
Dr. Reinhard Loske (D)
- h) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung (15. Ausschuss)
– zu dem Antrag der Abgeordneten Lutz Heilmann, Eva Bulling-Schröter, Dorothee Menzner, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der LINKEN
Trendwende beim Klimaschutz im Verkehr – Nachhaltige Mobilität für alle ermöglichen
– zu dem Antrag der Abgeordneten Winfried Hermann, Dr. Reinhard Loske, Peter Hettlich, weiterer Abgeordneter und der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN
Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr ergreifen
– Drucksachen 16/4416, 16/4429, 16/5135 –
Berichterstattung:
Abgeordneter Dr. Andreas Scheuer
- Nach einer interfraktionellen Vereinbarung soll die Aussprache im Anschluss an die Regierungserklärung 90 Minuten dauern. – Auch dazu höre ich keinen Widerspruch.

Präsident Dr. Norbert Lammert

- (A) Das Wort zur Abgabe einer Regierungserklärung erhält nun der Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Sigmar Gabriel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Überschrift der heutigen Regierungserklärung der Bundesregierung lautet: Klimaagenda 2020.

Tatsächlich bedeutet die Umsetzung der europäischen Klimaschutzziele nichts weniger als den grundlegenden **Umbau der Industriegesellschaft**. Wenn wir für eine von 6,5 Milliarden Menschen auf über 9 Milliarden Menschen wachsende Weltbevölkerung bis zur Mitte dieses Jahrhunderts Güter und Dienstleistungen mit der halben Menge an Treibhausgasemissionen bereitstellen wollen, dann erfordert das einen Quantensprung in der Entwicklung der Industriegesellschaft. Wir müssen zum Beispiel die Energieeffizienz unserer Volkswirtschaft in Zukunft statt wie bisher um 1 Prozent jährlich um 3 Prozent pro Jahr steigern. Nur mit einer ambitionierten Steigerung der Energieeffizienz und einem massiven Ausbau der erneuerbaren Energien können wir die Klimaschutzziele erreichen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

- (B) Damit wird aber auch deutlich, dass es nicht um eine defensive Strategie oder gar um eine Verzichtsmoral gehen kann. Große Teile der Weltbevölkerung leben in Armut. Ihnen eine Verzichtsethik der Reichen im Norden zu empfehlen, würde dort als eine neue Form des Kolonialismus verstanden.

(Beifall der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Wir müssen Forschung und Entwicklung vielmehr offensiver voranbringen, unsere Produktionsprozesse auf den Prüfstand stellen, neue Produkte und Dienstleistungen entwickeln und innovative Verkehrskonzepte erarbeiten. Hier sind wir in den letzten Jahren im internationalen Vergleich deutlich zurückgefallen. Während Japan heute pro Kopf über 30 Dollar für die Energieforschung einsetzt, liegen wir in Deutschland bei mageren 6,20 Dollar. Das muss sich ändern. Deshalb wird die Bundesregierung den Schwerpunkt Energieforschung weiter verstärken. Sie erwartet vor allen Dingen auch von der Wirtschaft ein vergleichbares Engagement.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich freue mich daher, dass die Kollegin Ministerin Schavan hier neue Schwerpunkte setzt und zudem ein breit angelegtes **Klimaforschungsprogramm** auflegt. Dafür stehen in den kommenden drei Jahren im Haushalt des BMBF 255 Millionen Euro zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

(C) Zu den neuen Schwerpunkten gehören insbesondere die Abscheidung und Speicherung von CO₂ bei Kohlekraftwerken. Nur so hat die Stromerzeugung aus Kohle in Deutschland, in China und weltweit langfristig eine Chance. Für diese Innovationsstrategien müssen wir auch die Idee des technischen Fortschritts neu entdecken, durch den nicht blind, sondern orientiert am Leitbild der nachhaltigen Entwicklung ein entscheidender Beitrag geleistet werden kann. Dieses Konzept ist also das Gegenteil von „Weiter so!“. Es verkörpert den Wind of Change, den unser Land zum Erreichen der Klimaschutzziele braucht.

Für diesen Umbau der Industriegesellschaft brauchen wir vor allem die Menschen in unserem Land. Hier meine ich vor allem die **jungen Menschen**. Sie müssen wir wirklich begeistern. Auf ihre Talente, ihre Kreativität und ihr Engagement – das Engagement der jungen Generation in Deutschland – müssen wir setzen. Unsere Aufforderung muss deshalb lauten: Entwickelt neue Ideen, Konzepte, Technologien, Produkte und Verfahren, studiert Ingenieurwissenschaften, beteiligt euch an diesem Wettbewerb; denn euch gehört die Zukunft!

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

(D) Meine Damen und Herren, die Staats- und Regierungschefs haben unter Führung der Bundeskanzlerin einen wirklich historischen **Beschluss der EU** über die zukünftige Klimapolitik gefasst. Mit diesem historischen Beschluss wird mit der Integration von Energie- und Klimapolitik erstmals Ernst gemacht und werden ambitionierte Klimaschutzziele mit weitreichenden Maßnahmen verknüpft.

Danach ist die Europäische Union bereit, die Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zum Basisjahr 1990 um 30 Prozent zu vermindern, sofern andere Industrieländer zu vergleichbaren Minderungen bereit sind. Im Vorgriff auf internationale Verhandlungen verpflichtet sich die Europäische Union schon jetzt, die Emissionen um mindestens 20 Prozent zu senken. In dem Beschluss der EU werden neben diesen beiden Zielen auch die beiden wichtigsten Maßnahmen genannt: Bis 2020 soll die Energieeffizienz um 20 Prozent gesteigert werden, und der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch soll bis zu diesem Zeitpunkt auf 20 Prozent gesteigert werden. Das ist ein anspruchsvolles und rundes Paket, das weltweit seinesgleichen sucht.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie des Abg. Dr. Guido Westerwelle [FDP])

Das ist die Messlatte, die die Europäische Union angelegt hat und an der auch wir in Deutschland uns messen lassen müssen. Die harten **Fakten** zeigen, wie weit wir noch von diesen anspruchsvollen Zielen entfernt sind. Wir liegen heute in der Klimabilanz im Bereich der Treibhausgase gegenüber dem Basisjahr 1990 bei einem Minus von 18 Prozent. Keine Frage, das ist beachtlich. Kein anderes westliches Industrieland kann eine ähnlich positive Bilanz vorweisen. Zur Wahrheit gehört aber

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) auch, dass wir im letzten Jahr um 0,7 Prozent zurückgefallen sind, statt uns weiter auf unser 21-Prozent-Ziel für das Jahr 2012 zuzubewegen. Wir sind heute noch 3 Prozent von unserem Klimaschutzziel für die Periode 2008 bis 2012 entfernt. Es fehlen uns etwa 37 Millionen Tonnen an eingesparten Treibhausgasen, um unseren Beitrag zum Kiotoprotokoll zu erbringen.

Die **Ursachen** liegen klar auf der Hand. Weder hat die deutsche Wirtschaft ihre Zusagen zum Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung erfüllt, noch war der Emissionshandel erfolgreich. Im Gegenteil: In der ersten Handelsperiode wurden zu viele Emissionsrechte an Energiewirtschaft und Industrie kostenlos verteilt, so dass der Zertifikatspreis heute bei ganzen 61 Cent liegt. Von einem solchen Preis gehen wahrlich keine Impulse zur Modernisierung der Stromversorgung und der industriellen Produktion aus.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Nun allerdings müssen wir mit unseren Beschlüssen Ernst machen; denn die neuen Ziele des Europäischen Rates weisen bereits weit über die Ziele des Kiotoprotokolls und das Jahr 2012 hinaus. Wenn die EU die Treibhausgase um 30 Prozent mindern will, muss Deutschland mehr erbringen. So steht es auch in der Koalitionsvereinbarung von SPD und CDU/CSU. Der Deutsche Bundestag hat deshalb zu Recht in seinem Beschluss vom November 2006 auf die Ergebnisse der Enquete-Kommission „Vorsorge zum Schutz der Erdatmosphäre“ verwiesen. Danach müsste Deutschland seine Treibhausgasemissionen im Vergleich zum Basisjahr 1990 bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent senken. Das bedeutet: Bisher ging es um eine Minderung von 21 Prozent in 22 Jahren, nämlich von 1990 bis 2012. Anschließend geht es um eine Reduktion um weitere 19 Prozent in acht Jahren bis 2020. Da liegt die Latte, da müssen wir hin.

Die Bundesregierung wird noch in diesem Jahr mit einem neuen **Klimaschutzprogramm** das Maßnahmenpaket auf den Weg bringen, mit dem die Beschlüsse der Europäischen Union umgesetzt werden sollen. Um bis 2020 eine 30-prozentige Reduktion der Treibhausgase zu erreichen, müssen die Emissionen im Vergleich zu heute um 147 Millionen Tonnen reduziert werden. Das reicht aber nicht. Eine Reduktion um 40 Prozent bedeutet dagegen eine Senkung des Ausstoßes von Treibhausgasen um 270 Millionen Tonnen gegenüber dem Niveau von 2006.

Erste Ergebnisse von Studien im Auftrag der Bundesregierung zeigen, dass das machbar ist. Die 270 Millionen Tonnen könnten danach bis 2020 in **acht Maßnahmenbereichen** erbracht werden: erstens Reduktion des Stromverbrauchs um 11 Prozent durch massive Steigerung der Energieeffizienz, das bringt eine Einsparung von 40 Millionen Tonnen; zweitens Erneuerung des Kraftwerkparcs durch effiziente Kraftwerke: 30 Millionen Tonnen; drittens Steigerung des Anteils der Stromerzeugung durch erneuerbare Energien auf über 27 Pro-

zent: 55 Millionen Tonnen; viertens Verdopplung der effizienten Nutzung der Kraft-Wärme-Kopplung auf 25 Prozent: 20 Millionen Tonnen; fünftens Reduktion des Energieverbrauchs durch Gebäudesanierung, effiziente Heizungsanlagen und Produktionsprozesse: 41 Millionen Tonnen; sechstens Steigerung des Anteils der erneuerbaren Energien im Wärmesektor auf 14 Prozent: 14 Millionen Tonnen; siebtens Steigerung der Effizienz im Verkehr und Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe auf einen Anteil von 17 Prozent: 30 Millionen Tonnen, und achtens Reduktion der Emission von anderen Treibhausgasen, wie zum Beispiel Methan: 40 Millionen Tonnen.

Kein Zweifel: Dieses Maßnahmenpaket ist außerordentlich ehrgeizig, aber es ist machbar. Zum ersten Mal wird es bei der Umsetzung der Klimaschutzziele wirklich ernst. Meine Damen und Herren, wir müssen uns entscheiden!

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Heute ist der Jahrestag der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl. Sicher wird Ihnen nicht entgangen sein, dass die **Atomenergie** in der Aufzählung der Maßnahmenpakete fehlt. Jeder weiß, dass es in der Koalition und auch in der Bevölkerung unterschiedliche Auffassungen zum Thema Kernenergie gibt. Ich bin mir aber mit EU-Kommissar Piebalgs, der im Gegensatz zu mir ein Befürworter der Kernenergie ist, einig, dass die zentralen Handlungsfelder für Versorgungssicherheit und Klimaschutz Energieeffizienz und erneuerbare Energien sind. Piebalgs erklärte dazu:

Atomkraft ist nicht die Antwort auf alle Fragen etwa zum Schutz der Erdatmosphäre. ... Wichtiger sind verstärkte Anstrengungen, Energie einzusparen und erneuerbare Energien auszubauen.

Ich kann Herrn Piebalgs nur recht geben: Die Kernenergie zum archimedischen Punkt der Energiepolitik und des Klimaschutzes zu machen, hat mit der Realität nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich werden wir darüber auch weiterhin lustvoll streiten. Aber weit mehr als 90 Prozent dessen, was wir zur Lösung der Probleme tun müssen, liegt jenseits der mitunter recht lauten Pro-und-Kontra-Debatte zur Kernenergie.

Lassen Sie mich einen anderen neutralen Beobachter der Szene, Horst Köhler, unseren Bundespräsidenten, zitieren:

Mir sind ... keine ernstzunehmenden Stimmen bekannt, die ihr Eintreten für die Atomkraft damit begründen, darin liege das allumfassende Patentrezept zur langfristigen Lösung des Klimaproblems. Aus meiner Sicht brauchen wir einen ausgewogenen Energiemix, und dazu brauchen wir vor allem eine Strategie zum weiteren Ausbau der erneuerbaren Energien und der massiven Verbesserung der Ener-

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) gie-Effizienz. Und nicht zuletzt: Wir müssen sparsamer mit der vorhandenen Energie umgehen.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns in Zukunft in diesem Bewusstsein konstruktiv über Energie und Klima streiten, dann sind wir in unserem Land schon einen riesigen Schritt vorangekommen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Eines sind die Maßnahmen jedenfalls nicht: zu teuer. Im Gegenteil: Dieses Programm ist gut für **Wirtschaft, Umwelt und Beschäftigung**. Es werden Jobs in den Zukunftsbranchen geschaffen. Unsere Wirtschaft wird für den internationalen Wettbewerb um knappe Ressourcen fit gemacht. Schon heute finden 214 000 Menschen Arbeit und Einkommen in der Branche der erneuerbaren Energien. Vor wenigen Monaten haben wir mit dieser Branche die Schaffung von 5 000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen in den kommenden zwei Jahren vereinbart. Das ist eine echte deutsche Erfolgsstory.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Natürlich kostet der Klimaschutz Geld. Aber auch für den Klimaschutz gilt: Die Investitionen von heute sind die Arbeitsplätze von morgen. Vor allem aber bedeutet Investition in den Klimaschutz Sicherheit vor den Zerstörungen des ungebremsten Klimawandels. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung errechnete die wirtschaftlichen Folgeschäden eines ungebremsten Klimawandels in Deutschland: Sie belaufen sich auf 137 Milliarden Euro bis zur Mitte dieses Jahrhunderts. Demgegenüber schätzt das BMU die Mehrkosten im Bundeshaushalt für diese Klimaschutzinvestitionen bis zum Jahre 2010 auf rund 3 Milliarden Euro. Ich finde, das ist vergleichsweise preiswert.

- (B)

Ich kann und will den Entscheidungen zum Haushalt nicht vorgreifen; aber sie müssen in diesem Jahr fallen. So muss die Nutzung der Wärme aus erneuerbaren Energien massiv aufgestockt werden.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Eines ist klar: Wir stehen auch hier vor weitreichenden Entscheidungen, wenn wir es mit dem Klimaschutz wirklich ernst nehmen. So werden wir das **Ordnungsrecht** konsequent für den Klimaschutz einsetzen. Das gilt beispielsweise für die Anforderungen an die Energieeffizienz von Gebäuden.

(Beifall des Abg. Hans-Kurt Hill [DIE LINKE])

Das Ordnungsrecht stößt aber auch an Grenzen, etwa bei der Sanierung von Altbauten, lieber Kollege, zum Beispiel bei Menschen, die nicht sehr viel Geld in der Tasche haben.

Deshalb brauchen wir sicher zusätzliche Haushaltsmittel. Allerdings gibt es auch Vorschläge zur Gegenfinanzierung: Ist es eigentlich sinnvoll und gerecht, dass

nach Recherchen der Deutschen Umwelthilfe inzwischen drei von vier der großen Geländefahrzeuge mit sehr hohem Spritverbrauch als Dienstkraftfahrzeuge vom Steuerzahler subventioniert werden? So viele Revierförster und Landwirte wird es unter den Käufern dieser CO₂-Schleudern wohl kaum geben.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Zurufe von der LINKEN)

Wir haben uns darauf verständigt, dass wir diese Frage in der Regierung prüfen wollen.

(Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Ist das eine Regierungserklärung?)

– Ich lese das vor, was wir in der Regierung vereinbart haben, Herr Kollege. So ist das.

(Beifall bei der SPD – Lachen und Beifall bei der FDP)

Der Schlüssel für einen erfolgreichen Klimaschutz liegt in der Energiewirtschaft. Dafür nutzen wir den **europäischen Emissionshandel**. Der Emissionshandel ist ein marktwirtschaftliches Instrument. Er gibt der Übernutzung der Umwelt einen Preis. Bislang werden die Gewinne aus dieser Übernutzung und Zerstörung privatisiert, die Kosten für die Beseitigung der Folgen von Stürmen, Verwüstung und Überflutungen dagegen sozialisiert. Nun hat das Emissionszertifikat seinen Preis und geht in die betriebswirtschaftliche Kalkulation ein.

Der Anteil der Energiewirtschaft an den gesamten Treibhausgasemissionen in Deutschland beträgt 40 Prozent. Seit 1999 haben die Emissionen in diesem Sektor um über 30 Millionen Tonnen zugenommen. Daran sieht man, dass die bisher in diesem Sektor getroffenen Maßnahmen nicht ausreichend wirksam waren. So hat der erste Allokationsplan lediglich eine Senkung von 2 Millionen Tonnen CO₂ zum Ziel gehabt.

Die Bundesregierung hat hier grundlegend umgesteuert. Mit dem vergangene Woche im Bundeskabinett beschlossenen **Zuteilungsgesetz 2012** wird die verfügbare Emissionsmenge der Kraftwerke drastisch um 57 Millionen Tonnen abgesenkt. Dabei räume ich freimütig ein, dass wir auf diesem Weg in der Auseinandersetzung mit der Europäischen Union gemeinsam eine gewaltige Lernkurve hinter uns gebracht haben. Ich glaube, das gilt für alle, die an diesem Prozess beteiligt sind.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir werden dabei nicht stehen bleiben. Nach 2012 wird Europa die Emissionsmenge weiter absenken, um die gesteckten Ziele auch wirklich zu erreichen. Um Windfall-Profits zu vermeiden, ist aber die Versteigerung der Emissionszertifikate das einzig Vernünftige. Ob und wie weit wir bereits ab dem kommenden Jahr 10 Prozent versteigern werden, muss der Deutsche Bundestag im Rahmen seiner Debatte um das Zuteilungsgesetz 2012 entscheiden. Gründe dafür gibt es viele;

(C)
(D)

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) noch viel größer ist der Finanzierungsbedarf im Klimaschutz.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Nun muss es darum gehen, den europäischen Emissionshandel zu einem wirklich europäischen Instrument zu machen. Wir brauchen mehr Transparenz über die Verfahren und die Festlegung der Emissionsbudgets. Die Allokationsregeln müssen in den 27 Mitgliedstaaten harmonisiert werden, und der Flugverkehr soll in wettbewerbsneutraler Weise in den EU-Emissionshandel einbezogen werden.

Bei der Stromerzeugung ist der massive Ausbau der **Kraft-Wärme-Kopplung** die wichtigste Maßnahme. Die kombinierte Erzeugung von Strom, Wärme und vielfach auch Kälte nutzt Energieträger am effizientesten. Entscheidend kommt es darauf an, über Nah- und Fernwärmenetze anfallende Wärme zu nutzen. Deshalb müssen wir den Ausbau der Nah- und Fernwärmenetze stärker fördern. Unser Ziel ist es, den KWK-Anteil von heute rund 10 Prozent bis 2020 in etwa zu verdoppeln. Wenn wir die bisherige Förderung der Bestandsanlagen auf neue und hocheffiziente Anlagen umschichten, erreichen wir dadurch bis 2020 eine Verminderung der CO₂-Emissionen um rund 20 Millionen Tonnen.

(Beifall des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

- (B) Aber machen wir uns nichts vor: Wir können bis auf Weiteres nicht auf den Einsatz von **Kohle** für die Stromerzeugung verzichten. Bis Dezember 2012 werden drei große Braunkohlekraftwerke, sechs Steinkohlekraftwerke und sieben Gaskraftwerke mit einer Gesamtleistung von 12 000 Megawatt gebaut. Der Ersatz der ineffizienten Anlagen bringt eine massive Entlastung für den Klimaschutz. Die neuen Kraftwerke haben einen so viel höheren Wirkungsgrad, dass der Atmosphäre bis zu 42 Millionen Tonnen Kohlendioxid im Jahr erspart werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Wer hier allein auf **Gas** setzt, fährt im Übrigen eine Risikostrategie. Gas nutzen wir heute nur zu 10 Prozent für die Stromerzeugung; Braunkohle und Steinkohle machen 50 Prozent unseres Strommarktes aus. Wollte man Kohle durch Gas ersetzen – was gelegentlich auch hier im Hause gefordert wird –, müsste der Gaseinsatz ungefähr verfünffacht werden. Das sind drei Viertel des gesamten Erdgaseinsatzes in Deutschland und entspricht – um einen plakativen Vergleich zu wählen – dem Gasverbrauch eines Jahres von Italien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

So viel Gas ist am Markt nicht verfügbar, und es hätte zudem erhebliche Auswirkungen auf den Strompreis.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Genauso klar sage ich aber auch, dass es unter den Bedingungen des Emissionshandels für die Verstromung von Braunkohle und Steinkohle klare Grenzen gibt. Dies ergibt sich aus der fortschreitenden Verknappung der Emis-

- sionsrechte. Das Horrorgemälde von 29 oder 40 neuen Kohlekraftwerken entbehrt jeder Grundlage. (C)

(Beifall der Abg. Marie-Luise Dött [CDU/CSU])

Um die europäischen Klimaschutzziele zu erreichen, werden wir in der dritten Handelsperiode – also zwischen 2012 und 2020 – das **Emissionsbudget** für die Energiewirtschaft gegenüber dem jetzigen Emissionsbudget nochmals deutlich absenken. Nach 2012 gibt es für die neuen Kohlekraftwerke nur drei Alternativen: Entweder wird CO₂ abgeschieden und gespeichert – das planen RWE und Vattenfall –, oder die EVU kaufen an der Börse die benötigten CO₂-Zertifikate, oder es werden über Klimaschutzprojekte im Ausland Emissionsrechte erworben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Entsprechend dem Beschluss des Europäischen Rates sind die drastische Steigerung der Energieeffizienz und der massive Ausbau der erneuerbaren Energien die richtige Doppelstrategie. Auf diesem Weg machen wir in Deutschland schon jetzt Fortschritte. In wenigen Jahren haben wir den Anteil der **erneuerbaren Energien** in der Stromerzeugung verdoppelt. Schon heute erzeugen sie in Deutschland so viel Strom wie der Energieversorger EnBW. In zehn Jahren werden sie Eon überrunden. Das ist der Siegeszug der erneuerbaren Energien, der auch nicht aufgehalten wird.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Das Ziel der Europäischen Union, bis 2020 den Anteil der erneuerbaren Energien an der eingesetzten Primärenergie auf 20 Prozent zu steigern, bedeutet für Deutschland, dass wir den Anteil der erneuerbaren Energien vervielfachen müssen. Das bisherige Ausbauziel Deutschlands unter der Vorgängerregierung lag übrigens bei 10 Prozent. Nun müsste auf Basis europäischer und deutscher Gutachten der deutsche Anteil auf 16 Prozent steigen, um den verabredeten durchschnittlichen Anteil von 20 Prozent am Primärenergiebedarf Europas erreichen zu können.

Was heißt das für den Strombereich? Wir werden den Anteil der erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung von heute 12 Prozent deutlich steigern. Die Leitstudie des BMU zeigt, dass wir bis 2020 einen Anteil von 27 Prozent erreichen können. Bislang lag das Ziel im Stromsektor bei nur 20 Prozent.

Der schlafende Riese der erneuerbaren Energien ist der **Wärmemarkt**. Hier besteht der größte Nachholbedarf. Unser Ziel ist es, den Anteil der erneuerbaren Energien an der Erzeugung von Wärme und Kälte von heute 6 Prozent bis 2020 mindestens zu verdoppeln.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

In einem Wärmegesetz werden wir festlegen, dass bei Neubauten und der grundlegenden Sanierung von Altbauten ein bestimmter Anteil des Wärmebedarfs aus er-

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) neuerbaren Energien erzeugt werden muss. Eine Gesetzesinitiative des Landes Baden-Württemberg verfolgt einen vergleichbaren Weg und schlägt einen Anteil von 20 Prozent am Wärmebedarf aus erneuerbaren Energien vor. Wir wollen dabei eine intelligente und kostengünstige Verknüpfung mit Maßnahmen zur Energieeffizienz schaffen. Ferner brauchen wir für Altbauten eine massive und langfristig verlässliche Aufstockung der Fördermittel. Dazu wird die Bundesregierung noch 2007 die notwendigen Entscheidungen treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Mit der Klimaschutzstrategie der Bundesregierung verbinden sich für unser Land enorme wirtschaftliche Chancen, die viele leider noch gar nicht wahrnehmen. Wir sollten uns das Ziel setzen, Deutschland zur energieeffizientesten Volkswirtschaft der Welt zu machen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In Zukunft wird die Energieproduktivität eines Landes ganz maßgeblich die **internationale Wettbewerbsfähigkeit** bestimmen. Modernste Steuer-, Mess- und Regeltechniken, die die Energieeffizienz von Kraftwerken, Maschinen, Heizungen und Autos steigern, bieten langfristig Beschäftigungsmöglichkeiten für Ingenieure und Facharbeiter. Es liegt an uns, dass wir den Ordnungsrahmen und die wirtschaftlichen Anreize so setzen, dass die mit einem aktiven Klimaschutz verbundenen wirtschaftlichen Chancen genutzt werden. Deutschland hat die Chance, auf den Leitmärkten der Zukunft die führende Rolle zu spielen. Wir wollen diese Chance nutzen.

(B)

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Damit sich die Leitmärkte in diese Richtung entwickeln, brauchen wir klare Rahmenbedingungen. In einem funktionierenden europäischen Binnenmarkt ist es die Aufgabe der Europäischen Union, anspruchsvolle **Standards zur Energieeffizienz** zu setzen und Vorgaben dafür zu machen – bei den Elektrogeräten im Haushalt, bei elektrischen Antrieben in der Industrie und bei der öffentlichen Straßenbeleuchtung ebenso wie im Automobilverkehr. Schon die Senkung des Stromverbrauchs um 11 Prozent durch effizientere Geräte sorgt für Minderungen der CO₂-Emissionen in Höhe von 40 Millionen Tonnen in unserem Land.

Die Bundesregierung wird sich in der Europäischen Union dafür einsetzen, dass die Entscheidungsverfahren beschleunigt werden und für alle Produktgruppen verbindliche Effizienzstandards zügig festgelegt werden. Diese Standards müssen sich an den besten der am Markt befindlichen Produkte orientieren. Aber auch Bund, Länder und Gemeinden haben hier eine zentrale Aufgabe. Die öffentliche Hand fragt jährlich Güter und Dienstleistungen in Höhe von 250 Milliarden Euro nach. Das sind 13 Prozent des Bruttosozialprodukts. Die Bundesregierung wird deshalb mit gutem Beispiel vorangehen und die Anforderungen an die Beschaffung energieeffizienter Produkte neu gestalten. Damit soll neben den

Anschaffungskosten der Energieverbrauch stärker berücksichtigt werden. (C)

Trotz des heutigen Stands der Technik sind die meisten **Gebäude** energetisch gesehen löchrig wie ein Schweizer Käse. Mit gut sanierten Gebäuden und moderner Heiztechnik können die Bundesbürger ihre Heizkosten im Durchschnitt mehr als halbieren. Wir wollen die jährliche Sanierungsrate der Gebäude auf der Basis anspruchsvoller Energieeffizienzstandards verdoppeln. Die Bundesregierung wird mit der Änderung der Energieeinsparverordnung die Anforderungen an die Energieeffizienz von neuen und sanierten Gebäuden um durchschnittlich 30 Prozent verschärfen. In einer zweiten Stufe werden die Anforderungen nochmals in der gleichen Größenordnung angehoben.

Rund ein Viertel des Energieverbrauchs entfällt auf den **Verkehr**. Die höchsten Zuwachsraten hat der Flugverkehr. Die Bundesregierung unterstützt deshalb die wettbewerbsneutrale Einbeziehung des Flugverkehrs in den europäischen Emissionshandel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Senkung des Kraftstoffverbrauchs bei den Kraftfahrzeugen steht für die Bundesregierung ganz oben auf der Tagesordnung.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir gemerkt!)

– Ja, Frau Kollegin, das haben Sie hoffentlich gemerkt, wenn Sie gelesen haben, was wir beschlossen haben. Sie sollten nicht nur das, was Sie selber immer vorlesen, wiederholen. Die Kfz-Steuer soll so geändert werden, dass in Zukunft nicht der Hubraum, sondern die CO₂-Emissionen der Maßstab für die Steuern sind. Die Schadstoffabhängigkeit bleibt im Übrigen erhalten. (D)

Nun zu Frau Kollegin Künast und ihrem Zwischenruf: Auf europäischer Ebene betreibt die Bundesregierung aktiv die Diskussion um **Obergrenzen für die CO₂-Emissionen von Kraftfahrzeugen** voran.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das habe ich ja gemerkt! Das haben alle gemerkt!)

Wir stehen zu dem Ziel der Kommission, Frau Kollegin, bis zum Jahr 2012 im Durchschnitt der europäischen Kfz nur noch 120 Gramm CO₂ pro Kilometer zuzulassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das Nichterreichen der Selbstverpflichtung der europäischen Autoindustrie darf nicht folgenlos bleiben. Den Großteil dieser CO₂-Verringerung wollen wir durch Fahrzeug- und Motorentchnik erreichen, einen kleineren Anteil von bis zu 10 Gramm allerdings zusätzlich durch die Verpflichtung, den Kraftstoffen Biokraftstoffe beizumischen. Das, Frau Kollegin, dient vor allem dazu, einen marktwirtschaftlichen Anreiz für Investitionen der Automobilindustrie und der Mineralölindustrie in **Bioraffinerien** für synthetische Kraftstoffe zu schaffen. Nur diese synthetischen Kraftstoffe werden uns langfristig

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) wirklich weg vom Öl bringen, ohne dass wir dadurch in Konkurrenz zum Nahrungsmittelanbau treten würden. Ihre Strategie, Frau Kollegin, liefe darauf hinaus, dass das alles der Bundeshaushalt bezahlen soll. Das werden wir nicht können. Wenn wir die Bioraffinerien durchsetzen wollen, brauchen wir einen marktwirtschaftlichen Anreiz, und den schaffen wir mit dieser Strategie der Begrenzung auf 120 Gramm.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Bahn hat von allen Verkehrsträgern die beste Klimabilanz. Wer von Berlin nach München reist, verursacht mit einer Bahnfahrt 33 Kilogramm CO₂, mit dem Auto das Dreifache; mit dem Flugzeug entfachen wir auf dieser Strecke eine Klimawirkung von fast dem Fünffachen. So stellt sich vor diesem Hintergrund natürlich auch die Frage, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit der Bahn zu den anderen Verkehrsträgern unter Klimagesichtspunkten verbessern können. Die Bekämpfung des Klimawandels und der damit verbundene notwendige **Umbau der Industriegesellschaft** können nur gelingen, wenn die Bundesregierung insgesamt, aber auch Länder und Kommunen sowie die Akteure in Wirtschaft und Gesellschaft dafür ihren Teil der Verantwortung übernehmen.

Aber auch die Bürgerinnen und Bürger können mit ihrem Verhalten ganz maßgeblich zum Klimaschutz beitragen. Energiesparen ist so einfach und lohnt sich. Wenn wir kurz und kräftig die Wohnung lüften, sparen wir Heizenergie. Ziehen wir nachts den Stecker eines Gerätes, das nur eine Stand-by-Schaltung hat, sparen wir Strom. Ganz entscheidend können wir den Stromverbrauch senken, wenn wir beim Kauf von Elektrogeräten auf den Energieverbrauch achten.

- (B)

Meine Damen und Herren, Deutschland ist das größte Industrieland in Europa. Im Ausland wird genau verfolgt, inwieweit es uns gelingt, einen ambitionierten Klimaschutz mit wirtschaftlichem Wachstum und wirtschaftlicher Entwicklung zu verknüpfen. Deshalb sollten wir bei diesem Prozess Schrittmacher und Innovations-treiber sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Kein Industrie- und erst recht kein Schwellenland wird bei einem neuen Klimaschutzabkommen mitmachen, wenn dies Wohlstandsverzicht bedeuten würde. Umgekehrt: Wenn wir erfolgreich sind, bedeutet dies den maximalen Schub für die internationalen Verhandlungen zum Klimaschutz. Dieser ist auch dringend notwendig. Bei der **Klimakonferenz** im Dezember in **Bali** muss der offizielle Startschuss für die umfassenden Verhandlungen erfolgen. Nur wenn diese Verhandlungen rechtzeitig bis 2009 abgeschlossen werden können, kann das Folgeabkommen zum Kiotoprotokoll 2013 in Kraft treten.

Dafür kommt es entscheidend darauf an, dass die USA und die anderen Industrieländer, aber auch die Schwellenländer mitmachen. Wenn es gelingt, die Blockade zwischen den USA und einigen Industrieländern einerseits und den Schwellenländern andererseits aufzubre-

- chen, stehen die Chancen dafür nicht schlecht. Ich bin (C) sehr optimistisch.

Schon heute verlassen viele Millionen Menschen ihre Heimat auf der Suche nach Wasser und Weideland. Bewaffnete Konflikte um den Zugang zu Energie und Wasser bedrohen deshalb in nie da gewesener Weise den Weltfrieden. Wir brauchen aus diesem Grund eine **weltweite Sicherheitspartnerschaft**, wie sie der deutsche Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier auf der Münchener Sicherheitskonferenz gefordert hat.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Lachen der Abg. Eva Bulling-Schröter [DIE LINKE])

Die Folge einer solchen Partnerschaft wird die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen für die Kinder und Enkelkinder aller heute auf der Welt lebenden Menschen sein. Für viele Länder, die schon heute unter Trockenheit und Wassermangel zu leiden haben oder vom Anstieg des Meeresspiegels bedroht sind, geht es um die nackte Existenz. Wenn wir den Entwicklungsländern bei der Anpassung an den Klimawandel wirksam helfen, verhindern wir übrigens auch, dass Millionen Menschen auf der Suche nach Wasser und Brot ganze Regionen destabilisieren. In diesem Zusammenhang werden wir **innovative Finanzierungsinstrumente**, wie sie in Frankreich, Großbritannien und den Niederlanden bereits existieren, prüfen. Die Einnahmen können und müssen dann für Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern verwendet werden.

- (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Die Bundesregierung hat für den bevorstehenden **G-8-Gipfel in Heiligendamm**, zu dem auch die großen Schwellenländer eingeladen sind, Klima und Energie zu einem wichtigen Schwerpunkt gemacht. Lassen Sie mich an dieser Stelle der Bundeskanzlerin ganz herzlich dafür danken, dass sie es geschafft hat, das Thema Klimaschutz auf die internationale politische Agenda ganz weit vorne zu platzieren.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Unsere gemeinsame Aufgabe – bei allem Streit über das eine oder andere Instrument – wird es sein, sich dieser historischen Dimension der globalen Menschheitsherausforderung des Klimawandels bewusst zu sein und jetzt konsequent zu handeln. Noch nie waren die Zeiten für eine konsequente Klimaschutzpolitik so günstig wie heute. Noch nie war die internationale Staatengemeinschaft so entschlossen und geschlossen für entschiedenes Handeln. Noch nie waren die Menschen so bereit, mitzumachen; denn sie sehen die Vorteile für ihr Budget und ihre Lebensqualität und haben Sorge um ihre Kinder und Enkelkinder. Noch nie waren die wirtschaftlichen Chancen so günstig für eine exportorientierte Industrienation wie Deutschland, deren Unternehmen auf den mit Klimaschutz orientierten Märkten bestens aufgestellt sind.

Diesen Schwung, diese Stimmung sollten wir nutzen im Interesse unseres Landes und der Menschen, die hier leben und arbeiten.

Bundesminister Sigmar Gabriel

- (A) (Anhaltender Beifall bei der SPD – Beifall bei der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort erhält zunächst der Kollege Michael Kauch für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Michael Kauch (FDP):

Herr Minister, ich danke Ihnen sehr herzlich für das sehr textsichere Verlesen der Regierungserklärung. Ich finde es schon sehr bemerkenswert, dass Sie an keinem Punkt von Ihrem Redemanuskript abgewichen sind, dessen Inhalt offensichtlich in mühsamer Kleinarbeit von den Beamten der Regierung abgestimmt wurde. Das zeigt, wie gering die Einigkeit in der Koalition in dieser Frage ist.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Vier Buchstaben: Gähn!)

Auch ansonsten bin ich etwas enttäuscht von dem, was Sie hier vorgetragen haben. Es wurde angekündigt, dass eine **Roadmap für neue Maßnahmen** von der Regierung vorgelegt würde. Das war ganz geheim; man konnte von Ihrem Ministerium vorher keine Informationen dazu bekommen. Nach der Regierungserklärung frage ich mich, was Sie hier eigentlich vorgetragen haben. Sie haben keine Maßnahmen, sondern nur Ziele erwähnt.

- (B) (Beifall des Abg. Jürgen Trittin [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Keine einzige der in der Koalition strittigen Fragen wurde an dieser Stelle beantwortet. Nichts Neues in diesem Bereich.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich nehme einmal das Beispiel **Energieeffizienz**. Sie haben uns gesagt, Deutschland müsse das energieeffizienteste Land der Welt werden. Das steht schon im Indikatorenbericht zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, den Ihre Staatssekretärin uns gestern erklärt hat. Daraus geht zum Beispiel hervor, dass wir im Bereich der Energieeffizienz so weit von den Zielen der Nachhaltigkeitsstrategie entfernt sind wie in keinem anderen Bereich. Dazu kann ich nur sagen: Seit 1998 regiert die SPD mit in diesem Land. Sie haben diese Politik offensichtlich mit zu verantworten.

(Beifall bei der FDP)

Es ist schon bemerkenswert, welche Punkte noch nicht geklärt worden sind. Sie haben gesagt, Sie wollen die KWK ausbauen und damit – ich glaube, Sie habe diese Zahl genannt – 25 Millionen Tonnen CO₂ jedes Jahr einsparen. Wo ist denn der Entwurf der Koalition für eine Anschlussregelung bei der Kraft-Wärme-Kopplung? Dazu haben Sie heute nichts gesagt. Für den Bereich der erneuerbaren Energie haben Sie Ziele genannt. Aber was ist denn das Konzept der Koalition in diesem

Bereich? Auch dazu Fehlanzeige in dieser Regierungserklärung. (C)

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will auf die Kernenergie an dieser Stelle nicht detailliert eingehen. Wir wissen, dass Sie in diesem Punkt nicht einig sind.

All das würde uns als Opposition im Zweifel erfreuen, wenn es nur um die Koalition ginge. In dieser Frage geht es aber um unser Land und unsere Erde. An dieser Stelle muss die Koalition in einer Regierungserklärung schon mehr vorlegen als Überschriften für Ziele.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Dann wollen wir einmal FDP-Vorschläge hören!)

Dennoch bin ich froh, dass wir heute hier ausgiebig über dieses Thema diskutieren werden; denn nach den Berichten des IPCC haben wir eine Medienwelle erlebt, in deren Rahmen sich manche Kollegen mit populistischen und völlig unsystematischen Vorschlägen geradezu überboten haben. Hier die Glühbirne, dort der Urlaubsflug nach Mallorca – jeden Tag hat man eine neue Klimasau durchs Dorf gejagt und einen neuen Wettbewerb um neue Verbotsvorschläge eröffnet.

Meine Damen und Herren, wenn wir so Politik betreiben, wecken wir bei den Bürgern tatsächlich Zweifel an der Problemlösungskompetenz der Politik.

(Beifall bei der FDP)

(D)

Um keinen Zweifel zu lassen: Die FDP ist der Meinung, dass die sehr schnelle globale Erwärmung eine Bedrohung für die Natur und für die Wirtschaft darstellt. Deshalb muss jetzt gehandelt werden. Wir wollen mehr Klimaschutz. Wir wollen ihn aber nicht vorrangig mit Verboten, sondern mit **Anreizen** schaffen, und zwar nicht durch die nationale Brille, sondern im globalen Kontext. Die FDP steht für eine Klimapolitik, die auf Technologie und Innovation setzt und nicht auf nationale Verzichtsideologien.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Das sind doch nur Schlagworte!)

Die einseitige Verpflichtung der Europäischen Union, bis 2020 mindestens 20 Prozent CO₂ einzusparen, war ein Zwischenschritt. Das war kein historischer Beschluss, Herr Minister. Es ist aber ein wichtiger Zwischenschritt auf dem richtigen Weg.

Die eigentliche Bewährungsprobe für die Bundeskanzlerin kommt noch, nämlich auf dem G-8-Gipfel in Heiligendamm. Nur wenn es gelingt, die USA, Indien und China tatsächlich in Konzepte für den globalen Klimaschutz einzubinden, werden wir reale Fortschritte im Kampf gegen den Klimawandel erreichen können.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wir Liberale wollen einen **globalen Kohlenstoffmarkt** in allen Ländern und in allen Sektoren. Das ist die Vision, auf die wir hinarbeiten.

Michael Kauch

- (A) Herzblut und Betroffenheit reichen in der Klimadebatte nicht mehr aus. Wir müssen endlich mehr wirtschaftlichen Sachverstand in die Debatte bringen. Pro eingesetzten Euro muss so viel Treibhausgas wie möglich vermieden werden.

Wir sollten die Emissionshandelssysteme, die derzeit in den USA entstehen, mit unserem europäischen Emissionshandel verbinden.

Ich fordere die Bundesregierung auf, endlich mehr für Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern zu tun. Die Vorbehalte vieler Politiker – auch im Umweltausschuss – gegen sogenannte CDM-Projekte müssen ein Ende haben.

Auch die vergleichsweise kostengünstige Aufforstung, die zur Bindung von CO₂ in den Wäldern führt, muss endlich zu einer Priorität der deutschen Klimapolitik werden.

Ich finde es höchst bedauerlich, dass die Koalition in diesem Zusammenhang zwar schöne Worte für die Forstwirtschaft findet, den Antrag der FDP, den deutschen Wald für den Klimaschutz zu nutzen, aber ohne Alternativen ablehnt. Dasselbe geschah gestern im Zusammenhang mit dem internationalen Emissionshandel im Bereich des Luftverkehrs. So können Sie Politik nicht gestalten.

(Beifall bei der FDP)

- (B) Meine Damen und Herren, wir brauchen eine **Innovationsoffensive** in Deutschland und auf G-8-Ebene. Wir müssen erneuerbare Energien vorantreiben. Wir müssen Energieeffizienz vorantreiben. Wir brauchen aber auch ökologisch und ökonomisch tragfähige Übergangstechnologien.

Deshalb muss die Bundesregierung endlich ein Konzept vorlegen und darf sich nicht darauf beschränken, hier anzukündigen, wie sie denn beispielsweise die CO₂-Abscheidung für Kohlekraftwerke tatsächlich voranbringen will.

Auf keine einzige Anfrage der FDP-Fraktion gibt es hier eine Antwort. Vor dem Hintergrund, dass in China alle zehn Tage ein Kohlekraftwerk gebaut wird, wäre es aber fahrlässig, in Deutschland die Entwicklung moderner Technologien zu verschlafen; denn die Kohle, die in Chinas Erde liegt, wird verbrannt werden. Die Frage ist, mit welcher Technologie das geschehen wird. Ich möchte, dass es mit deutscher Technologie geschieht, damit wir an dieser Stelle zu saubereren Ergebnissen kommen.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, auch in einem weiteren Punkt brauchen wir Realismus. Langfristig ist der **Ausstieg aus der Kernenergie** möglich. Mittelfristig schadet ein solcher Ausstieg dem Klima. Eine Laufzeitverlängerung für die Atomkraftwerke wäre deshalb sinnvoll. Wir brauchen die Kernenergie so lange, wie erneuerbare Energien oder CO₂-freie Kohlekraftwerke eben nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung stehen.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Monopolisten weiter stärken! Superidee!)

(C)

Meine Damen und Herren, es stellt sich auch immer wieder die Frage, inwieweit die Bundesregierung eigentlich die Ziele, die sie uns hier vorträgt, ernst nimmt. Nehmen wir uns einmal das Thema **Emissionshandel** vor. Hierzu hat der Minister gesagt: Ja, im Rahmen des Nationalen Allokationsplans I hatten wir zu viele Zertifikate ausgegeben, und deshalb liegt der Preis für diese jetzt im Centbereich. Herr Minister, Sie mögen ja vergleichsweise neu im Amt sein, aber es ist doch auch hier vor dem Hintergrund, dass die SPD seit 1998 regiert, zunächst zusammen mit den Grünen, die Frage zu stellen, wer denn dafür verantwortlich ist, dass der Nationale Allokationsplan in dieser Art und Weise aufgelegt wurde. Wer hat denn zu verantworten, dass der Markt am Schluss zusammengebrochen ist?

(Ulrich Kelber [SPD]: Ihr wolltet doch noch mehr Zertifikate!)

Es ist Ihre Partei gewesen, die hierfür die Verantwortung trägt.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Sie haben behauptet, es wären zu wenige! Eine 180°-Wende!)

Wenn man sich vor Augen führt, was die Bundesregierung mit dem aktuellen Emissionshandelsplan vorhatte, dann kann man nur sagen: Gut, dass es die Europäische Kommission gibt. Sie hat nämlich verhindert, dass wir dieses Spiel mit zu vielen Zertifikaten noch ein weiteres Mal erleben. Nur die Europäische Kommission hat hier eine Veränderung bewirkt, nicht die Bundesregierung.

(D)

(Beifall bei der FDP)

Angesichts dessen, dass der Minister es jetzt als großen Erfolg feiert, dass er sich gegen den Wirtschaftsminister durchgesetzt habe und es keine Sonderbenchmark für die Braunkohlekraftwerke gibt, sollte man sich auch einmal das Kleingedruckte anschauen. Sie haben eine Hintertür vorgesehen: Über die Stundenzahl, die für die Kraftwerke angerechnet wird, werden den Braunkohlekraftwerken weiterhin mehr Emissionszertifikate geschenkt als den Steinkohlekraftwerken.

(Ulrich Kelber [SPD]: Schmarrn!)

Sie legen uns hier eine Mogelpackung vor. Genauso ist es eine Mogelpackung, wenn Sie uns einen Plan vorlegen, nach dem Kohlekraftwerke mehr als die doppelte Anzahl an Zertifikaten als Gaskraftwerke geschenkt bekommen. Das hat nichts mit Markt und freiem Handel zu tun, sondern ausschließlich mit Lobbyarbeit, die bei der SPD in dieser Frage ganz besonders erfolgreich war.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde es erfreulich, aber auch bemerkenswert, wenn der Minister, der uns in diesem Parlament noch vor wenigen Monaten auf unsere penetranten Nachfragen erklärte, eine **Versteigerung von 10 Prozent der Zertifi-**

Michael Kauch

- (A) **kate** sei schlecht für die Verbraucher und auch sonst von Übel, und uns demzufolge auch einen Allokationsplan vorlegte, in dem wiederum keine Versteigerung vorgesehen war, heute aber kurz vor der Debatte in der „Zeit“ verlautbaren lässt: Er hofft auf die Parlamentarier der Koalition, dass sie jetzt die Versteigerungsmöglichkeit durchsetzen. Herr Minister, warum können Sie sich denn nicht im Kabinett durchsetzen, wenn Sie das inzwischen für richtig halten? Das zeugt doch von einer ziemlich schwachen politischen Position.

(Beifall bei der FDP)

Der Ball liegt jetzt bei Ihnen, liebe Abgeordnete von der Koalition. Sie haben es in der Hand. Sie können jetzt eine Teilversteigerung der Zertifikate beschließen. Ich hoffe, dass Sie das auch tun werden und dass Sie den Erlös für die Senkung der Stromsteuer verwenden und damit nicht, wie es der Minister gerade andeutete, neue Einnahmen für Herrn Steinbrück generieren.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Meine Damen und Herren, wir haben in dieser Debatte auch noch eine Reihe von Anträgen zu beraten, auf die ich hier jetzt nur kursorisch eingehen kann. Ich möchte es aber doch an einer Stelle tun. Am Samstag startet bundesweit die „Woche der Sonne“. Die FDP hat schon vor vielen Monaten, also nicht erst zu dieser Aktionswoche, einen Antrag zum solaren Unternehmertum in Deutschland vorgelegt, den wir heute hier auch debattieren. Damit wollen wir deutlich machen, welche Potenziale für die **Solarindustrie** in Deutschland bestehen und in welchen Bereichen wir eine Technologieführerschaft besitzen. Wir fokussieren die Förderung, die es hierfür gibt, seit Jahren auf in Deutschland erzeugten Strom aus Solarenergie, wohl wissend, dass das Kosten-Nutzen-Verhältnis bei einem Einsatz in anderen Ländern viel besser wäre. Deshalb fördern wir, endlich die Auslandsmärkte in den Blick zu nehmen. Nur so können wir die Technologieführerschaft in der Solarenergie behalten und zugleich noch etwas für den Klimaschutz tun.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Zum Glück lehnen die Solarunternehmen Ihre
Vorschläge ab!)

– Die Solarunternehmen wurden in die Erarbeitung dieses Antrags einbezogen.

Wenn man sich anschaut, was die Bundesregierung beispielsweise im Bereich der Exportförderung für diese Branche unternimmt, dann stellt man fest, dass hier nichts abgestimmt ist und kein Konzept vorhanden ist. In der Wüste in Afrika laufen Dieselgeneratoren, während wir schöne Programme für Deutschland auflegen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Seitdem ist die Exportquote gestiegen! Zurück zu den Fakten!)

Das ist keine rationale Umweltpolitik. Wir wollen hier die Alternative aufzeigen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP – Ulrich Kelber [SPD]:
Zurück zu den Fakten!)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächste Rednerin ist die Kollegin Katherina Reiche für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Katherina Reiche (Potsdam) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kauch, Ihre Rede klang schon fast ein bisschen beleidigt.

(Beifall des Abg. Marco Bülow [SPD])

Dass die Bundeskanzlerin so vehement für den Klimaschutz kämpft, national und international, zeugt von Überzeugungskraft und Führungskraft – das Gegenteil dessen, was Sie gerade präsentiert haben.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie des Abg. Marco Bülow [SPD] – Dr. Guido Westerwelle [FDP]: Deshalb wird Herr Kauch nicht Bundeskanzler!)

In der vergangenen Woche fand mit der **Hannover-Messe** eine der weltweit wichtigsten Technologiemesen statt. In diesem Jahr war der Klimaschutz das Thema auf der Hannover-Messe. Die „Wirtschaftswoche“ schrieb hierzu: „Industrie entdeckt Klimaschutz für sich“. Die „Financial Times Deutschland“ titelte: „Klimaschutz als Verkaufshilfe“.

Die Hannover-Messe gibt ein gutes Bild über die Diskussion zum Klimawandel. Sie macht vor allem drei Dinge deutlich:

Zum Ersten. Der Klimawandel ist eine Herausforderung, der wir uns jetzt stellen müssen. Es drohen weltweit erhebliche Veränderungen, nicht nur der Umwelt; es drohen auch soziale und ökonomische Verwerfungen. Die meisten Unternehmen haben das längst erkannt.

Zum Zweiten. Das Klimaproblem ist lösbar; denn wir verfügen über verschiedene Technologien, mit denen der Ausstoß von Treibhausgasen deutlich reduziert werden kann. Durch Forschung und Entwicklung werden diese Technologien in Bezug auf ihre Wirkung und auf die Kosten verbessert.

Zum Dritten ist Klimaschutz ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Weltweit wächst der Markt für Klimaschutztechnologien rasant.

Die Folgen des Klimawandels und die Konsequenzen für den Fall, dass nicht gehandelt wird, liegen auf dem Tisch – ebenso wie die Chancen für Wachstum und Innovation, die in seiner Bewältigung liegen. Der Stern-Report, die Klimaberichte der Vereinten Nationen, aber auch verschiedene wissenschaftliche Studien von nationalen Instituten und Unternehmen haben dies immer wieder eindrucksvoll dargestellt.

Der Klimawandel ist also eine **globale Aufgabe**. Deshalb brauchen wir auch eine globale Lösung. Deutschland und die Europäische Union werden den Klimawandel nicht allein bewältigen können. Wir haben einen Anteil von 15 Prozent an den weltweiten CO₂-Emissio-

(C)

(D)

Katherina Reiche (Potsdam)

- (A) nen. Dennoch müssen wir eine Vorreiterrolle übernehmen, wenn es um Klimaschutz geht; denn uns kommt eine Schlüsselrolle im Klimaschutz zu.

Viele Länder, vor allem die Entwicklungsländer und die Schwellenländer, schauen auf uns. Sie achten genau darauf, was wir im Klimaschutz tun, wo wir investieren und welche Erfolge wir damit erreichen. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass die Staats- und Regierungschefs auf ihrem Gipfel im März unter der Präsidentschaft von Angela Merkel die **Vorreiterrolle Europas** im Klimaschutz gestärkt haben. Durch die Festlegung verbindlicher Klimaziele – dreimal 20; der Umweltminister hat sie bereits genannt – haben wir in Europa deutlich gemacht, dass wir im Klimaschutz weiter voranschreiten werden.

Ein Blick in die Vereinigten Staaten zeigt, dass wir uns durchaus auf einem guten Weg befinden. Dort drängen Unternehmen wie General Electric oder auch DuPont die Regierung dazu, verbindliche Vorgaben für den Klimaschutz festzulegen. Das zeigt, wie wichtig der Klimaschutz für Innovationsfähigkeit und Wettbewerbsfähigkeit auch der dortigen Unternehmen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Auch bei den politischen Entscheidungsträgern in den USA setzt sich das Bewusstsein für den Klimaschutz immer mehr durch. Am vergangenen Wochenende hat der Bürgermeister von New York, Michael Bloomberg, einen sehr ambitionierten Umweltplan vorgelegt.

- (B) Vom **G-8-Gipfel**, bei dem der Klimaschutz ganz oben auf der Agenda steht, muss ein wichtiges Signal für die Klimakonferenz der Vereinten Nationen in diesem Jahr in Indonesien ausgehen. Dort müssen dringend die Weichen für ein Kiotonachfolgeabkommen gestellt werden. Wenn die führenden Industrieländer der Welt zeigen, dass es ihnen mit dem Klimaschutz ernst ist, werden auch die Entwicklungs- und Schwellenländer folgen.

Herr Kauch, offenbar haben Sie das Gesetz nicht richtig gelesen. CDM und JI werden einen Anteil von 20 Prozent erreichen. Das Projekt-Mechanismen-Gesetz wurde verbessert, indem Bürokratielasten gesenkt wurden, um es Unternehmen einfacher zu machen, hier zu investieren.

Mit den Klimaschutzzielen der Europäischen Union ist nun der Rahmen gesetzt, und wir müssen diesen ausfüllen. Wir haben eine Leitfunktion übernommen, auch innerhalb Europas. Wir haben wichtige politische und technologische Impulse gesetzt; deutsche Unternehmen sind führend in der Klimatechnologie.

Der Bundestag hat bereits im November des vergangenen Jahres beschlossen, diese Vorreiterrolle auch in Zukunft einzunehmen. Die Treibhausgasemissionen sollen bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent gesenkt werden. Sollte sich die Europäische Union auf 30 Prozent festlegen, will Deutschland sogar noch mehr leisten.

Eines der wichtigsten Instrumente hierbei ist natürlich der CO₂-Handel. In den kommenden Wochen werden wir in Deutschland mit dem Entwurf eines **Zuteilungs-**

- gesetzes** in die parlamentarischen Beratungen gehen. (C) Die Bundesregierung hat hierzu einen Gesetzentwurf vorgelegt. Aus Sicht der Unionsfraktion gibt es in zwei Punkten Diskussionsbedarf.

Erstens: die Mitnahmeeffekte bei den Stromversorgern durch die kostenlose Zuteilung der Zertifikate, die sogenannten Windfall-Profits. Die Europäische Union gibt uns die Möglichkeit, 10 Prozent zu versteigern, um diese Windfall-Profits teilweise abzuschöpfen. Ich meine, wir sollten von dieser Möglichkeit Gebrauch machen; denn eine Versteigerung entspricht den marktwirtschaftlichen Prinzipien, die dem Emissionshandel zugrunde liegen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Es geht um die Ausstattung moderner und effizienter Braunkohlekraftwerke mit CO₂-Zertifikaten. Jeder Energieträger in diesem Land – das ist klar – muss seinen Beitrag dazu leisten, dass wir uns dem Klimawandel stellen können. Genauso richtig ist aber, dass unser Energiemix eine sehr breite Grundlage hat. Dazu gehört auch die Braunkohle. Deshalb ist es wichtig, dass die Chance fortbesteht, Braunkohle zu fördern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Neben dem Emissionshandel müssen wir weitere Maßnahmen ergreifen, die alle Politikbereiche umfassen. Wir können dabei auf die Unterstützung der Menschen zählen. 90 Prozent der Deutschen – das zeigen Umfragen – sehen den Klimaschutz als eine wichtige Aufgabe. 58 Prozent der Deutschen sind der Meinung, dass die Bundesregierung hier noch mehr tun muss. (D)

Für uns als Unionsfraktion sind Energiesparen, Energieeffizienz und der Ausbau erneuerbarer Energien zentrale Säulen einer Klimaschutzstrategie. Dazu haben wir am Dienstag in unserer Bundestagsfraktion ein sehr ambitioniertes Positionspapier verabschiedet. Durch Energiesparen und eine Verbesserung der Energieeffizienz könnte Deutschland die Treibhausgasemissionen deutlich reduzieren. Schon heute könnten hier jährlich 40 Milliarden Kilowattstunden Strom eingespart werden. Das entspricht dem Verbrauch von ganz Hessen. Deshalb schlagen wir vor, eine **Effizienzinitiative Deutschland** zu starten, um die Energieeinsparpotenziale in der Industrie, in den privaten Haushalten, in öffentlichen Gebäuden und auch bei Elektrogeräten zügig zu erschließen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir wollen hier drei Schwerpunkte setzen:

Erstens. Wir wollen das erfolgreiche CO₂-Gebäudesanierungsprogramm über 2009 hinaus fortführen und weiterentwickeln, um den Gebäudebestand in Deutschland zu modernisieren. Das hilft dem Klima und dem Geldbeutel der Mieter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zweitens. Wir wollen die Effizienzanforderungen für Neubauten und für größere Sanierungsvorhaben verbessern. Das muss sich am aktuellen Stand der Technik orientieren.

Katherina Reiche (Potsdam)

- (A) Drittens: Wir wollen die Kennzeichnung von Haushaltsgeräten verbessern. Wenn im Regal zwei Wasserkocher nebeneinanderstehen und der Verbraucher sieht, welcher weniger Strom verbraucht, dann bedarf es keiner umfangreichen Gesetze, um jemanden davon zu überzeugen, dass es besser ist, den energiesparenden zu nehmen.

Wir wollen nicht nur die Energieeffizienz verbessern, darüber hinaus wollen wir den Anteil der erneuerbaren Energien deutlich erhöhen. Wir streben an, den Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch bis zum Jahr 2020 auf 16 bis 20 Prozent zu erhöhen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss das Erneuerbare-Energien-Gesetz wirtschaftlicher gestaltet werden. Die Innovationsanreize sind zu verbessern. Deswegen plädiere ich dafür, das Gesetz noch in diesem Jahr zu novellieren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD)

Wir müssen darauf setzen, alte Anlagen durch neue zu ersetzen, durch die Kraftwerke der zweiten Generation, aber auch durch die Kombination verschiedener Energieträger wie Biomasse und Wind, um so Synergiepotenziale zu erschließen.

- (B) Sigmar Gabriel sprach den Bereich der **regenerativen Wärme** an. Den Anteil der erneuerbaren Energien an der Wärme- und Kältebereitstellung müssen wir deutlich erhöhen. Hierzu wollen wir das Marktanzreizprogramm verstetigen und über das Jahr 2009 hinaus fortführen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Wir haben hier ein sehr erfolgreiches Instrument: Für jeden von uns ausgegebenen Fördereuro können wir 10 Euro an Investitionen einwerben. Darauf sollten wir aufbauen. Für Neubauten, bei umfassenden Sanierungsmaßnahmen, aber auch beim Ersatz von Heizungsanlagen sollten wir die Einführung einer **Nutzungspflicht** prüfen. Das Land Baden-Württemberg hat hierzu Vorschläge entwickelt.

Eine wichtige Rolle, insbesondere bei der Erzeugung von Wärme aus regenerativen Energien, spielt die **Biomasse**. Hier wollen wir mehr erreichen, und hier stehen wir gleichzeitig vor großen Herausforderungen; denn die Pflanzen, die wir brauchen, um bei der Wärmegewinnung aus Biomasse voranzukommen, werden anders, leistungsfähiger als die Pflanzen sein müssen, die wir jetzt haben. Vor allem sind die Pflanzen dem Klimawandel ausgesetzt, den wir gerade erleben. Vor einigen Tagen hat der Deutsche Wetterdienst darauf hingewiesen, dass Deutschland stärker von Hitzewellen und Unwetter betroffen sein wird. Wir erleben gerade in Brandenburg eine Trockenperiode. Eine große deutsche Zeitung bringt heute auf ihrer Titelseite ein Bild, das zeigt, dass die Elbe schon jetzt fast trocken ist. Die Pflanzen der Zukunft werden sich den klimatischen Bedingungen anpassen müssen. Sie werden anders sein. Deshalb können wir auf die grüne Bio- und Gentechnologie nicht verzichten. Wir müssen vorankommen und Blockaden beseitigen,

die die Entwicklung dieser wichtigen Technologie behindern. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wir haben uns darüber hinaus zum Ziel gesetzt, dass wir in Deutschland bis zum Jahr 2020 den effizientesten Kraftwerkspark der Welt haben. Dazu bedarf es des Ausbaus der **Kraft-Wärme-Kopplung** sowie des Neubaus moderner, klimafreundlicher Kraftwerke. Wir sind der Überzeugung, dass in einem solchen Energiemix auch auf den Beitrag der **Kernenergie** nicht verzichtet werden kann. Es ist darauf hingewiesen worden, dass es hierzu in der Koalition unterschiedliche Auffassungen gibt. Aber eine CO₂-Reduktion von bis zu 30 Prozent ist ohne den Einsatz von Kernenergie schlichtweg nicht darstellbar.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ein letzter Punkt zur **Forschung**. Die Bundesregierung wird 255 Millionen Euro in die Klimaforschung investieren. Darüber hinaus werden die Mittel für die Energieforschung deutlich angehoben. Als Beispiele seien die Abtrennung und Speicherung von CO₂ in Kohlekraftwerken, wo wir uns tatsächlich noch im Forschungsstadium befinden, aber auch die Weiterentwicklung der Brennstoffzelle oder die Fusionsforschung genannt. Hier muss es weitergehen.

In den kommenden Monaten wird es darauf ankommen, die Ziele im Klimaschutz in konkrete Maßnahmen und Initiativen umzusetzen. Dabei werden wir neue Wege einschlagen müssen. Der frühere Bundesumweltminister Töpfer hat vor kurzem in einem Interview gesagt: „Gewinner gibt es beim Klimawandel nicht, sondern nur Verlierer.“ Wir müssen dies als Aufforderung begreifen, zu handeln, hier und jetzt. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Vorsitzende der Fraktion Die Linke, Gregor Gysi.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Spät, aber immerhin: Die Menschheit wacht auf. Weltweit wird über die Klimakatastrophe bzw. die mögliche Klimakatastrophe diskutiert. Die Diskussion hat selbst die USA erreicht. Das klingt zuerst einmal, zumindest vom Zeitgeist her, nach einem Fortschritt. Wenn man sich aber den CO₂-Ausstoß ansieht, der uns so beschäftigt, dann muss man zu Beginn erst einmal eine grundsätzliche Feststellung machen: Diese ganze Katastrophe liegt nicht an den Entwicklungsländern, sondern ausschließlich an den Industriegesellschaften.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn pro Einwohner werden in einem Entwicklungsland im Durchschnitt etwa 2 Tonnen CO₂ im Jahr ausgesto-

Dr. Gregor Gysi

- (A) Ben, in den USA sind es pro Einwohner im Jahr 20 Tonnen, und in Deutschland sind es pro Einwohner im Jahr 10 Tonnen. Damit liegt Deutschland – auch das muss man sagen – immer noch über dem Durchschnitt in Europa. Allerdings ist es wahr, dass es von 1990 bis 1993 eine ungeheure Senkung des **CO₂-Ausstoßes** gab. Das lag aber ausschließlich an der Deindustrialisierung des Ostens. Es soll mir keiner heute erklären, dass das aus ökologischen Gründen geschah. Ich glaube, das geschah aus reinen Profitgründen und hatte mit Unternehmen in den alten Bundesländern zu tun, zumindest zum Teil.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber jetzt steigt der CO₂-Ausstoß wieder an. Das sollte uns nachdenklich machen. Oft wird gesagt – auch der Kollege von der FDP hat es getan –: Das gefährde die Erde bzw. das zerstöre die Natur. – Ich glaube, beides ist falsch. Frankreich hat weltweit einige Inselchen. Die nutzt Frankreich, um unter Wasser **Atomwaffenversuche** durchzuführen, wie bekannt ist. Ich habe einen Dokumentarfilm gesehen, den ich sehr interessant fand. Da wurde gezeigt, dass Dokumentarfilmer zu solchen Inseln gereist und mit entsprechenden Anzügen bekleidet unter Wasser gegangen sind, um zu prüfen, ob es da noch Pflanzen und Tiere gibt. Sie selber konnten aus ihren Anzügen nicht heraus; denn dann wären sie sofort tot gewesen. Interessant ist, dass es all die Tiere und Pflanzen, die es früher dort einmal gab, nicht mehr gibt. Aber es gibt dort massenhaft Pflanzen und Tiere, die kontaminiert sind. Das macht ihnen bloß nichts aus. Was kommt dabei heraus? Wir können die Natur nicht wirklich zerstören, genauso wenig die Erde. Aber unsere Lebensgrundlage können wir zerstören. Dann wird es die Menschen auf der Erde nicht mehr geben. Das ist der entscheidende Punkt.

(B)

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Allen voran leisten die Industriegesellschaften, vor allem die USA, ihren Beitrag dazu.

Was bedeutet eigentlich Erderwärmung? Erderwärmung bedeutet, dass wir ein Drittel weniger Niederschläge hätten, wenn es so weiterginge. Erderwärmung bedeutet, dass der Meeresspiegel enorm steigt. Man müsste Mauern bauen, um zu verhindern, dass alles überschwemmt wird. Ich glaube, niemand hat das Geld und die Kraft, Indien und Bangladesch solche Schutzmaßnahmen zu bezahlen.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Niemand hat die Absicht, eine Mauer zu bauen!)

– Erzählen Sie doch nicht einen solchen Unsinn! Dieses Thema ist nicht zum Witze machen geeignet. Sie können Indien und Bangladesch auf diese Art und Weise nicht retten. Sie bezahlen es erst recht nicht.

Klimaerwärmung bedeutet, dass das **Trinkwasser** knapper wird und dass Landwirtschaft zum Teil unmöglich wird. Es wird dann einen Kampf um Wasser und um fossile Energierohstoffe wie Erdöl geben. Die heutigen

Kriege im Irak und in Afghanistan haben schon sehr viel mit dem Kampf um fossile Energierohstoffe zu tun. Das ist das Problem. (C)

(Beifall bei der LINKEN)

Übrigens, Frau Künast, weil Sie gelegentlich für Kriege sind: Dort fliegen besonders viele Flugzeuge mit hohem CO₂-Ausstoß.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Gregor, der billige Jakob!)

Davon abgesehen gibt es im Tschad und in Nigeria auch innere Auseinandersetzungen wegen des Erdöls. Das heißt, der Kampf der Menschen um diese Rohstoffe wird zunehmen. Das ist gar nicht gut.

Wie kann man das verhindern? Welchen anderen Ansatz braucht man? Wir brauchen wieder ein **Primat der Politik** über die Wirtschaft. Der Neoliberalismus spricht genau dagegen. Mit dem Primat der Politik über die Wirtschaft hat die FDP Schwierigkeiten, genauso wie die Union, die Grünen und die SPD. Das ist das Problem. Wir müssen darum kämpfen, dass die Politik wieder entscheidet. Sonst können wir ökologische Belange nicht durchsetzen, erst recht nicht gegen Profitinteressen in der Wirtschaft.

(Beifall bei der LINKEN)

Es gibt übrigens ein schönes Zitat von Professor Ulrich Beck aus der „taz“ vom 3. April 2007:

In seinem Aufsehen erregenden Klimareport bezeichnet der ehemalige Weltbank-Ökonom Nicholas Stern die globale Klimaveränderung als das größte Marktversagen in der Geschichte. Wenn wir weiter auf die Mechanismen des Marktes vertrauen, werden wir die Klimakrise nicht lösen ... Auch die Grünen müssen ihr marktwirtschaftliches Kleindenken überprüfen ... (D)

Mir scheint da etwas dran zu sein. Wenn wir über den Kapitalismus nicht hinausdenken, werden wir die Fragen nach der Verhinderung einer Klimakatastrophe nicht lösen können.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun gibt es viele Ansätze. Wir sind uns einig: Wir brauchen die Förderung der erneuerbaren Energien. Hier ist in Deutschland einiges geleistet worden. Wir brauchen des Weiteren Energieeinsparungen; darüber hat der Minister schon gesprochen. Wir müssen aber auch über den Verkehr neu nachdenken. Ich nenne Ihnen ein Beispiel: Sie haben die **Bahn** privatisiert. Das ist wieder eine Maßnahme, die dazu dient, das Primat der Politik zu verhindern. Nun muss sich die Bahn rechnen. Deshalb haben wir das Problem, dass die Gütertransporte mit der Bahn teurer sind als auf der Straße und dass der CO₂-Ausstoß viel höher ist, weil ständig Lkws fahren und weil wir die Bahn diesbezüglich nicht attraktiv machen können; das ist das Problem. Wir waren gegen die Privatisierung der Bahn, damit wir – auch hier im Bundestag – die Hoheit über solche Fragen behalten.

Dr. Gregor Gysi

- (A) (Beifall bei der LINKEN – Jörg van Essen [FDP]: Das ist doch eine abstruse Argumentation!)

Dann wird über Autos, Flüge und Tourismus geredet. Die Grünen neigen dazu, diese Fragen durch **soziale Ausgrenzung** zu lösen. Ich erinnere Sie an Ihren Beschluss, 5 DM pro Liter Benzin zu verlangen. Was hätte das denn bedeutet? Das hätte bedeutet, dass Besserverdiener wie wir weiterhin hätten Auto fahren können, während wir die Normalbürgerinnen und Normalbürger sowie die ärmeren Schichten von der Straße verdrängt hätten. Ähnlich denken Sie, wenn es um Flüge und Tourismus geht. Ich will nicht in einer Gesellschaft leben, in der nur die obersten Zehntausend in den Genuss des Tourismus kommen können. Diese Art der Ökologie lehnen wir ab.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir wollen in sozialer Gerechtigkeit ökologische Strukturen schaffen. Das heißt – darin stimmen wir überein –, dass wir andere Techniken fördern müssen. Das gilt beim Flugzeug genauso wie beim Auto und bei anderen Verkehrsmitteln.

Lassen Sie mich noch etwas zu Ihrem **Emissionshandel**, zu den Zertifikaten sagen. Das ist schon ein starkes Stück.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Sie wissen, Herr Kollege, dass Sie sich ein bisschen beeilen müssen.

- (B) **Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE):**

Ich will das deshalb an dieser Stelle erwähnen: In allen Ländern werden Zertifikate versteigert.

(Dr. Uwe Küster [SPD]: Sie nehmen Ihrer Kollegin nur Redezeit weg!)

In Deutschland haben SPD und Grüne den Konzernen die Zertifikate kostenlos übergeben, als Geschenk. Dann bekamen die Zertifikate einen Wert, und die Konzerne haben diesen Wert genutzt, indem sie ihn auf den Energiepreis aufgeschlagen haben. Sie haben also kostenlos einen Riesengewinn gemacht.

Die Regierung hat darüber hinaus Zertifikate mit einem Volumen ausgegeben, das 7 Prozent über dem CO₂-Ausstoß in Deutschland lag. Im Ergebnis ist der Wert der Zertifikate enorm gefallen. Vor allem aber musste niemand Zertifikate zukaufen. Null ökologische Wirkung ist dadurch eingetreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Herr Bundesminister Gabriel, Sie haben einen Vorschlag gemacht, wie es in einer Wohnung wärmer werden kann, wie man am effizientesten lüftet. Sie haben recht: Wenn man näher zusammenrückt, wird es wärmer.

Das Entscheidende ist, dass wir die Umstellung brauchen. Diese Frage ist unter friedenspolitischen, entwicklungspolitischen und sozialen Gesichtspunkten so wesentlich, dass daraus eine Menschheitsfrage geworden ist.

Danke schön.

(Beifall bei der LINKEN)

(C)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Ulrich Kelber, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Ulrich Kelber (SPD):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute wahrlich nicht zum ersten Mal über das Thema Klimaschutz im Deutschen Bundestag. Allerdings ist Sigmar Gabriel der erste Bundesumweltminister, der einen konkreten **Maßnahmenplan** vorstellt, wie Deutschland 40 Prozent der Treibhausgasemissionen einsparen kann.

(Jörg van Essen [FDP]: Wann denn? – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

Ab heute kann sich in Deutschland niemand mehr in einen Wettbewerb um die besten Lippenbekenntnisse zum Klimaschutz flüchten, sondern es hat ein Ideen- und Umsetzungswettbewerb um konkrete Klimaschutzinstrumente begonnen. Wer eines dieser Instrumente ablehnt, muss einen Vorschlag machen, wie er die gleiche Menge an Einsparungen auf eine andere Art und Weise einsparen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Das ist eine neue Qualität der Diskussionen über den Klimaschutz. Das ist gut für den Klimaschutz in Deutschland und der Europäischen Union. Ich erinnere an eines: Die Vorgänger im Amt des Bundesinnenministers haben solche konkreten Klimaschutzmaßnahmen nicht vorgelegt.

(D)

(Beifall des Abg. Dr. Christian Ruck [CDU/CSU])

Das gilt für die Zeit der Regierung Kohl, wo es immer das Ziel gab, 25 Prozent der CO₂-Emissionen einzusparen. Das ist uns zwar ritualisiert jedes Jahr vorgestellt worden, aber es hat nie ein Maßnahmenpaket dafür gegeben.

Zum letzten Umweltminister, dem Grünen, Jürgen Trittin.

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Ich wusste, dass der Zwischenruf, das sei alles nur die SPD in Rot-Grün gewesen, kommt. Der Deutsche Bundestag hat Jürgen Trittin mit den Stimmen von Rot-Grün den Auftrag erteilt, ein konkretes Klimaschutzprogramm zur Einsparung von 40 Prozent der CO₂-Emissionen vorzustellen. Er hat noch nicht einmal ein Eckpunktepapier in die Ressortabstimmung gegeben. Er hat sich geweigert, ein konkretes Klimaschutzprogramm vorzulegen. Das ist der entscheidende Unterschied zwischen diesem ehemaligen Minister und Sigmar Gabriel. Ich erwähne das hier, damit die grüne Kritik an dem Bundesumweltminister von allen in diesem Land auf ihre Ehrlichkeit überprüft werden kann.

Ulrich Kelber

- (A) (Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das werden wir gleich machen!)

Das klare Signal ist: Es geht mit dem Klimaschutz in Deutschland nicht nur weiter, sondern er gewinnt an Konsequenz und Geschwindigkeit.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was? Rückwärts!)

Es ist äußerst klug, mit dem Klimaschutz nicht auf die langsamsten Staaten dieser Welt zu warten. Es ist klug, vorausschauend, fair und solidarisch, **Vorreiter** zu sein.

Es ist klug, weil wir, wenn wir mit dem Klimaschutz anfangen, auch als Erste die für den Klimaschutz notwendigen Technologien liefern können. Dass allein im Bereich der erneuerbarer Energien jetzt schon über 200 000 Menschen arbeiten, ist an dieser Stelle schon erwähnt worden.

Es ist vorausschauend, weil ein ungebremster Klimawandel die Lebensqualität und den wirtschaftlichen Wohlstand überall auf dieser Erde bedrohen würde. Wir müssen für den Klimaschutz sehr viel weniger in die Hand nehmen als für die Reparatur von Schäden, die durch einen ungebremsten Klimawandel verursacht würden; von der Vermeidung von Konflikten – Stichworte: Ressourcenknappheit und Umweltflüchtlinge – ganz zu schweigen.

- (B) Es ist fair, weil wir der nächsten Generation nicht noch eine zusätzliche Last aufbürden dürfen. Was antworten wir denn, wenn unsere Kinder und Enkel fragen: „Ihr hattet doch die Technologien zur Vermeidung der Treibhausgasemissionen. Warum habt ihr sie nicht konsequent eingesetzt?“ Ich glaube, wir sind uns einig, dass die Antwort: „Bequemlichkeit!“, eine verdammt schlechte Antwort auf diese Frage wäre.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist zuletzt solidarisch, weil der Klimawandel vor allem die Ärmsten treffen wird, die ärmsten Staaten und die Ärmsten in einer Gesellschaft.

Ja, es stimmt: Ein US-Amerikaner hat eine doppelt so schlechte Klimabilanz wie ein Deutscher. Aber ein Deutscher ist für viermal so viel Treibhausgasausstoß verantwortlich wie ein Chinese, für zehnmal so viel wie ein Inder. Die 80 Millionen Deutschen emittieren so viel Treibhausgas wie bald 1 Milliarde Afrikaner zusammen. Das ist die Quelle, aus der unsere Verantwortung resultiert, im Klimaschutz als Vorreiter voranzugehen.

Klimaschutz ist dabei keine Last, keine Gefährdung unserer Wirtschaft. Im Gegenteil, er bietet die riesige Chance zur Modernisierung unserer Industriegesellschaft, für neue Arbeitsplätze und innovative Technologien. Wir wollen in Produkte und in Köpfe investieren anstatt in Brennstoffe. Wir wollen das Land sein, das die Technologien für den Klimaschutz in die ganze Welt liefert und damit Lebensqualität und Wohlstand aller Menschen verbessert.

(Beifall bei der SPD)

- (C) Dazu gehört aber eine Sache: Wir müssen aufhören, falsche **Schutzzäune** um unsere eigene Industrie zu errichten.

(Beifall der Abg. Sylvia Kotting-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was hat es denn gebracht, die deutschen Automobilbauer vor notwendigen Umweltauflagen zu bewahren? Gar nichts.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum habt ihr es dann gemacht?)

Unsere Automobilindustrie ist dadurch technologisch sogar zurückgefallen: beim Katalysator, beim Rußpartikelfilter, beim Hybridantrieb, und vermutlich werden wir im nächsten Jahr erleben, wie französische, italienische und japanische Hersteller in unserem Land Flexible-Fuel-Autos verkaufen, während unsere Konzerne die nur im Ausland anbieten und in Deutschland behaupten, dass man so etwas nicht herstellen könne. Das hat man davon, wenn man Schutzzäune einzieht. Nein, wir wollen Vorreiter sein, wir wollen die neuen Technologien zuerst anbieten. Das ist eine Antwort auf Klimaschutz und Globalisierung gleichermaßen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

- (D) Gott sei Dank haben wir eines erreicht: Die **Klimaschutzziele** der Parteien im Deutschen Bundestag haben sich in den letzten Monaten, zumindest auf dem Papier, angenähert. Man konnte ja fast im Wochenrhythmus beobachten, dass, wenn jemand einen konkreten Vorschlag gemacht hat, welchen Anteil die erneuerbaren Energien an der Stromerzeugung im Jahr 2020 haben sollen, sich immer ein Nächster gefunden hat, der 5 Prozentpunkte draufgeschlagen hat. So kletterte dieser Anteil von 25, 30, 35 auf 40 Prozent. Ich habe darauf gewartet, dass irgendwann noch einer 45 Prozent bietet. Aber anscheinend hat der 40-Prozent-Vorschlag den Zuschlag bekommen. Ich glaube, dass wir jetzt einen Schritt weiter gehen müssen: Wir müssen von dem Wettkampf um die Ziele dazu übergehen, tatsächlich Beschlüsse zu fassen. Wir müssen die notwendigen **Klimaschutzinstrumente** rechtzeitig beschließen,

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo leben Sie eigentlich?)

um die Klimaschutzziele im Jahr 2020 auch zu erreichen.

Wir haben in den letzten Wochen und Monaten und in den anderthalb Jahren seit Gründung dieser Koalition zu einer Reihe von Instrumenten konkrete Vorschläge gemacht, Eckpunkte und Gesetzentwürfe vorgelegt. Ich nenne dafür drei Beispiele: ein Fördergesetz für die Kraft-Wärme-Kopplung, ein Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz und ein Toprunner-Programm in der Energieeffizienz.

Es ist doch nichts sinnvoller, als Öl, Gas und Kohle durch Kraft-Wärme-Kopplung doppelt zu nutzen, anstatt

Ulrich Kelber

- (A) die Wärme einfach an die Atmosphäre abzugeben. Wer einmal erlebt hat, wie wunderbar es ist, mit erneuerbaren Energien den Wärmebedarf zu decken, der kann sich gar nicht mehr vorstellen, wie es vorher war. Zur letzten Idee: Wir müssen unsere Ingenieure darauf ansetzen, in einem dynamischen Wettlauf die Energieeffizienz von Produkten zu verbessern.

Das wären drei Ansätze. Ich hoffe, dass auch unser Koalitionspartner nach Abschluss seiner internen Debatten bereit ist, mit uns diese Instrumente kurzfristig zu beschließen. Schließlich muss man ins Gelingen verliebt sein und nicht ins Scheitern. Das gilt vor allem für den Klimaschutz.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nachdem nun endlich passend zum Girls' Day die ersten Anregungen kommen, in was man alles verliebt sein könnte, erhält nun die Kollegin Renate Künast für die Fraktion Die Grünen das Wort.

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Kelber, ich weiß ja nicht, in welcher Koalition Sie sich bewegen. Ich weiß natürlich, dass es, wenn man selber als Person keine Funktion innehatte – das gilt für Sie und das gilt für Herrn Gabriel –, immer besonders schön ist, zu fragen: Was hat denn die **Vorgängerregierung** gemacht? – Aber ich sage Ihnen eines ganz klar: Wir Grünen treten mit jedem in der ganzen Republik gerne in einen Wettbewerb ein, was man hätte noch besser machen können – aber nicht mit Ihnen von der SPD. Denn wir wären in diesem Land bedeutend weiter, wenn Ihr Autokanzler, wenn Ihre Wirtschaftsminister unsere Vorschläge nicht für putzig gehalten und uns nicht ständig blockiert hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist das, was Sie hier sagen, Geschichtsklitterung.

(Ulrich Kelber [SPD]: Herr Trittin hat nicht einmal einen Plan vorgelegt!)

– Ja, schön, Sie hätten den Vorgängerumweltminister vielleicht gerne mit einem Plan beschäftigt, um ihn und andere davon abzuhalten, zum Beispiel ein Erneuerbare-Energien-Gesetz durchzusetzen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Das hat das Parlament beschlossen!)

Sie hätten lieber die Macht der Konzerne mit Ihrem Personal, das Sie von hier dorthin transportieren, bewahrt.

(Ulrich Kelber [SPD]: Nein!)

Das ist die Wahrheit der SPD.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Das Erneuerbare-Ener-

gien-Gesetz ist vom Parlament eingebracht worden! Nicht vom Minister!) (C)

– Ja, das ist vom Parlament eingebracht worden, aber deshalb, weil diese SPD mit ihren Wirtschaftsministern sozusagen selbst die Handbremse in Ketten gelegt hat, damit sie keiner losmachen kann.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Das ist Ihr früherer Koalitionspartner!)

Ich war dabei, Herr Kelber. Ich habe in Neuhausen am Neckar gesehen, wie sich Ihre Minister schmunzelnd in die Sessel legten, wenn man sagte: Wir brauchen Biokraftstoffe. Sie fragten nur: Was soll das denn sein? Wäre das anders gewesen, wäre dieses Land heute weiter.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja, ja!)

Ich kann Ihnen nur eine Hausaufgabe geben:

(Dr. Peter Ramsauer [CDU/CSU]: Sie sind doch keine Lehrerin! Sie tun nur so!)

Befreien Sie sich endlich von Ihrer alten Industriepolitik. Dann kriegen Sie in der SPD vielleicht wieder eine Basis; sie fehlt Ihnen ja.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Es ist interessant, wie Sie einen Auftrag des Bundestages kleinreden! Ein bisschen mehr Respekt vor dem Parlament!)

– Ich bin eine frei gewählte Abgeordnete, Herr Kelber, wie auch Sie ein frei gewählter Abgeordneter sind. (D)

(Ulrich Kelber [SPD]: Sie haben den Auftrag mit beschlossen!)

– Sie können ihn ja jetzt umsetzen, Herr Kelber.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja! Das ist heute vorgestellt worden!)

– Ich sage Ihnen eines: Der Trick ist vielleicht ganz gut, aber das, was heute vorgestellt wurde, ist es noch lange nicht, Herr Kelber. Wenn Sie sagen, dass Sie eine **Führungsrolle** in dieser Republik oder sogar weltweit übernehmen wollen, dann müssen Sie auch Führung zeigen. Aber die Regierung hat sich, obwohl sie immer sehr schöne Zahlen genannt hat, am Ende sogar noch von der Kommission treiben lassen müssen. Nur so konnte überhaupt etwas bewegt werden. Ich habe noch im Ohr, dass Herr Beck zur Bundeskanzlerin sagte: Dann klagen wir eben gegen die Brüsseler Vorschläge. – Ist Ihnen das nicht peinlich, Herr Kelber?

(Ulrich Kelber [SPD]: Und? Was ist gemacht worden?)

Raubt Ihnen das nicht nachts den Schlaf?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der FDP)

Wir werden auf diesem Gebiet sogar von Großbritannien überholt. Selbst China bewegt sich. Arnold Schwarzenegger schickt mittlerweile Leute nach Deutschland, um von uns zu lernen, wie man den **Emis-**

Renate Künast

- (A) **sionshandel** nicht betreiben sollte, Herr Kelber. Wir könnten wirklich weiter sein. Selbst die Mitglieder des zuständigen Ausschusses des Repräsentantenhauses reisen nach Deutschland, um von uns zu lernen, wie man den Emissionshandel nicht organisieren sollte. Die Neuenlandstaaten, zehn Bundesstaaten der USA, werden ab Januar 2009 einen Emissionshandel durchführen. Die Emissionsrechte werden zu 100 Prozent versteigert.

Vor diesem Hintergrund loben Sie eine Bundesregierung, deren Umweltminister sich hier hinstellt und sagt: Wir waren zu feige und haben uns – in den Worten Karl Valentins – nicht dürfen getraut; wir bitten das Parlament, die 10-Prozent-Versteigerung in die Hand zu nehmen. Ich sage Ihnen: Dabei werden wir Ihnen gerne helfen, der Regierung und auch Ihnen, Herr Kelber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kann doch wohl nicht sein, dass Sie das Parlament noch bitten müssen, wenn es um die Versteigerung geht.

Darüber hinaus wurde von Ihnen gesagt, Klimaschutz würde nicht wehtun. Was ist das eigentlich für eine Botschaft? Niemand will den Verbrauchern wehtun. Heute tun den Verbrauchern die hohen Nebenkosten für Strom und Wärme weh, die zu einer Art Nebenmiete geworden sind. An dieser Stelle ist der Klimaschutz eine Lösung des Problems. In diesem Zusammenhang muss man nicht von **Schmerzen** reden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Herr Gabriel, wenn Sie so tun, als müsste man den Verbrauchern an dieser Stelle wehtun, ist das eine falsche Botschaft. Wir können und dürfen weder der Wirtschaft noch den Verbrauchern suggerieren, dass es möglich ist, genauso weiterzumachen wie bisher. Wir müssen den Transport anders organisieren. Wir müssen anders wohnen. Wir müssen unsere Lebensmittel anders herstellen. Wir müssen ganz anders produzieren, auch die Produkte, die wir exportieren. Das heißt nicht, dass das wehtun muss. Das bedeutet, dass wir endlich lernen müssen, ganz anders zu denken und die alten **Lobbyinteressen** fallen zu lassen. Das gilt auch dann, wenn Sie Ihr Personal in den Vorständen haben, liebe Kollegen von der SPD.

Das betrifft auch die **Kohleprivilegien**. Lernen wir endlich, neu zu denken und alles anders zu organisieren. Hier liegt die Lösung, nicht etwa in kleinen Zwischenzielen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Wer hat die Kohleprivilegien denn im ersten Emissionshandelsplan ausgehandelt?)

– Dazu sage ich gleich noch etwas.

(Ulrich Kelber [SPD]: Alles Originalvorschläge Trittin!)

Herr Kelber, sehen wir uns doch einmal an, was Sie vorgelegt haben. Der **Nationale Allokationsplan** ist ein Trauerspiel. Hier sind Sie kein Vorreiter. Das, was von Ihnen vorgeschlagen wurde – einige haben das schon angesprochen –, bedeutet letztlich ein neues Privileg für

die Kohle. Warum bekommen Gas und Kohle eigentlich nicht gleiche Rechte? Das ist ein Trauerspiel. Es nützt nichts, wenn Sie an dieser Stelle nur allgemeine Ziele und Prozentzahlen nennen. Packen Sie endlich die Maßnahmen an.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie machen lauter Trippelschritte. Herr Kelber, wir haben damals das marktwirtschaftliche Instrument des Emissionshandels eingeführt. Jetzt muss man den nächsten Schritt tun. Deutschland muss als großes Mitgliedsland der EU zeigen, dass es die 10-Prozent-Regelung umsetzt und dass es kein weiteres Privileg für die Kohle schafft. Dann können Sie sich in Brüssel glaubwürdig dafür einsetzen, dass 100 Prozent der Emissionsrechte versteigert werden.

(Ulrich Kelber [SPD]: Ja, so ist es!)

So macht man das und nicht, indem man uns hier mit irgendwelchen Prozentzahlen einlullt. Taten und nicht Worte zählen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Michael Kauch [FDP] – Ulrich Kelber [SPD]: Genau so ist es!)

Sie müssen dann aber auch einmal loslegen, sich hier hinstellen und sagen: Wir lernen, CO₂-frei zu denken. Dann brauchen Sie auch nicht mit einem 40-Prozent-Ziel zu kommen, das sich die Regierung gar nicht als Ziel aufgeschrieben hat und das Sie nicht realisieren werden.

(Lachen bei Abgeordneten der CDU/CSU)

– An Ihrem Lachen sehe ich, wie wenige Texte Sie lesen; denn der Begriff „CO₂-frei zu denken“ bzw. „in CO₂-freien Lösungen zu denken“ ist durchaus üblich.

Wir wollen, dass endlich Taten folgen, und wir sagen Ihnen eines: Wir werden an Ihre Regeln zum Emissionshandel herangehen. Wir wollen ein **Moratorium für Kohlekraftwerke**; denn wir wollen nicht, dass das Geld jetzt an dieser Stelle investiert und der Klimaschutz über Jahrzehnte blockiert wird, weil kein Geld mehr vorhanden ist.

(Ulrich Kelber [SPD]: Auf Ihrem eigenen Parteitag haben Sie das noch abgelehnt!)

– Dann schauen Sie sich den Beschluss einmal an. – Wir wollen die Kraft-Wärme-Kopplung nutzen, und wir brauchen an dieser Stelle ein Wärmegesetz. Vor allem brauchen wir aber nicht den Wettbewerb der Zahlen, sondern den Wettbewerb der Maßnahmen. Weg mit den alten Lobbyinteressen!

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Frau Kollegin!

Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sie lösen die Probleme nicht mit der Denkweise von gestern, Herr Kelber.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Das Moratorium haben Sie auf Ihrem Parteitag selbst noch abgelehnt!)

(A) **Präsident Dr. Norbert Lammert:**

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Christian Ruck, CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Christian Ruck (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesem bemerkenswerten Schlagabtausch ehemaliger Koalitionäre möchte ich zum Ausgangspunkt unserer Debatte zurückkommen.

(Ulrich Kelber [SPD]: Da sehen Sie einmal, wie koalitionsstreu wir sind!)

Der von Menschenhand verursachte Klimawandel erzeugt auf dieser Erde etwas, was alle bisherigen geschichtlichen Dimensionen sprengt. Die Kosten und Gefahren sind gewaltig. Allein für Deutschland werden bis 2050 Schäden in Höhe von 800 Milliarden Euro geschätzt. Die sozialen und wirtschaftlichen Risiken auf dem gesamten Erdball sind völlig unkalkulierbar.

Aus unserer Sicht ist die Antwort der Staatengemeinschaft auf dieses gewaltige Risiko für Milliarden von Menschen – auch für unsere Kinder und Enkel – bisher völlig unzureichend. Allein von den weltweit größten zehn CO₂-Emittenten sind derzeit nur vier vom **Kioto-protokoll** erfasst. Entscheidende Länder sind bisher überhaupt keine wirksame Verpflichtung eingegangen. Dieses oft kleinkarierte internationale Geschachere um Vorteile in den Klimaschutzverhandlungen ist dem Ernst der Lage in keiner Weise angemessen. Im Gegenteil: Es ist manchmal zynisch und menschenverachtend.

(B) **Ein Lichtblick ist in der Tat das, was sich Deutschland und Europa vorgenommen haben. Auch hier sind noch viele Hausaufgaben zu machen, aber es gibt ehrgeizige Ziele, große Anstrengungen und auch große Erfolge. Auch die Erfolge, die in den letzten Jahren in Deutschland erzielt worden sind, machen Mut. Das, was Bundeskanzlerin Merkel auf EU-Ebene in diesem ersten Vierteljahr des Vorsitzes hier erreicht hat, ist wirklich ein historisches Ereignis. Dafür möchten wir noch einmal unsere ausdrückliche Anerkennung ausdrücken.**

Ein Lichtblick ist in der Tat das, was sich Deutschland und **Europa** vorgenommen haben. Auch hier sind noch viele Hausaufgaben zu machen, aber es gibt ehrgeizige Ziele, große Anstrengungen und auch große Erfolge. Auch die Erfolge, die in den letzten Jahren in Deutschland erzielt worden sind, machen Mut. Das, was Bundeskanzlerin Merkel auf EU-Ebene in diesem ersten Vierteljahr des Vorsitzes hier erreicht hat, ist wirklich ein historisches Ereignis. Dafür möchten wir noch einmal unsere ausdrückliche Anerkennung ausdrücken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich glaube, mit diesem Beschluss haben wir auch die Grundlage dafür geschaffen, dass Deutsche und Europäer eine Chance haben, die Klimapolitik weltweit zu beeinflussen. Dazu sind aber zwei Voraussetzungen nötig:

Erstens. Die europäische Klimapolitik muss ein attraktives Vorbild und kein sinnloses Opfer sein.

Zweitens. Wir müssen ärmere Länder in die Lage versetzen, ihren Schutzbeitrag zu leisten.

Wann sind wir nun ein attraktives **Vorbild**? Ich gebe dem Kollegen Kelber Recht: Wir sind dann ein attraktives Vorbild, wenn wir das Erreichen unserer ambitionierten Klimaschutzziele mit Versorgungssicherheit und bezahlbaren Energiepreisen verbinden, sprich, wenn wir

Klimaschutz mit ökonomischer Effizienz und technischem Fortschritt verbinden. (C)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Das ist genau das, was die Union seit Jahren vertritt und was auch die Bundesregierung jetzt durchsetzen möchte.

Auch ich bin der Meinung, dass ein europäisches **Emissionshandelssystem** eine richtige und effiziente – weil marktkonforme – Option ist, um das zu erreichen. Es ist aber nur dann eine Option, wenn es richtig gemacht wird. Wann wird es richtig gemacht? Es darf nicht durch Ausnahmen total verwässert werden. Es muss die tatsächlichen Hauptemittenten erfassen, und zwar inklusive des Luftverkehrs. Es muss möglichst am Anfang der Wertschöpfungskette ansetzen, und die Emissionsobergrenzen müssen die politischen Ziele der Europäischen Union glaubhaft widerspiegeln. Ein funktionierender Emissionshandel setzt – zum Beispiel auf dem europäischen Strommarkt – auch einen funktionierenden Wettbewerb voraus. Nur bei einem angemessenen CO₂-Preis und bei funktionierendem Wettbewerb können größere soziale Verwerfungen vermieden werden und gibt es auch den notwendigen Anreiz für technologische Innovationen.

An dieser Stelle möchte ich unserem Wirtschaftsminister Michael Glos danken, dass er die Einbeziehung dieses Wettbewerbsgesichtspunkts auf europäischer Ebene zu einem seiner Hauptanliegen gemacht hat. Wir brauchen in der europäischen Energiepolitik eine stärkere Abstimmung. Das gilt auch für die Förderung regenerativer Energien. Auch sie müssen Teil eines funktionierenden europäischen Wettbewerbs sein. Richtig ist für mich auch, Emissionszertifikate in zunehmendem Maße zu versteigern, (D)

(Beifall bei der CDU/CSU)

und zwar nicht zuletzt, weil unerlässliche Klimaschutzprojekte im Bereich von Forschung und Entwicklung – viele davon wurden schon genannt –, zum Beispiel betreffend den Waldschutz, nicht umsonst zu haben sind. Wenn uns große Energieunternehmen vor erhöhten Strompreisen für die Endverbraucher warnen, so müssen sie sich fragen lassen, ob sie diese Erhöhungen nicht schon längst im Vorgriff auf eine mögliche Versteigerung eingepreist haben. Jedenfalls ist eines klar: Nichts zu tun und zu warten oder zu wenig zu tun, wird für den Endverbraucher schon in kurzer Zeit viel teurer als das, was uns jetzt als Hirngespinnst an die Wand gemalt wird.

Wir von der CDU/CSU setzen zum Beispiel auf die Weiterentwicklung der Energieeinsparungen im Gebäudereich, auf den Durchbruch bei der Kraft-Wärme-Kopplung, auf die Entwicklung einer zweiten Generation der Biomassetechnologie hin zu noch sparsameren Antriebsmethoden und auf moderne Kraftwerkstechnik. Mit einem solchen Paket an Wettbewerbsvorteilen durch ein europäisches Modell erhoffen wir uns – ich glaube: zu Recht – eine Sogwirkung. So müssen sich zum Beispiel andere Hauptemittenten wie die Amerikaner uns schon aus Wettbewerbsgründen anschließen. Mit einem

Dr. Christian Ruck

- (A) solchen Modell erhoffen wir uns auch die notwendige Technologie und die Finanzmittel dafür, auch den ärmeren Ländern – den Entwicklungs- und Schwellenländern – gezielt zu helfen, ebenfalls ihren Beitrag zum Klimaschutz zu erbringen. Ein Beispiel hierfür ist die Kohlenstoffspeicherungstechnologie. Ich glaube, dass die Einbeziehung der **Entwicklungs- und Schwellenländer** in den Klimaschutz von ganz entscheidender Bedeutung sein wird, und zwar nicht nur wegen der gewaltigen Verwerfungen und Risiken, die vor allem diesen Ländern durch die Folgen der Klimaveränderung drohen. Die Einbeziehung dieser Länder ist auch von Bedeutung, weil der Schlüssel für den Klimaschutz teilweise tatsächlich im Süden liegt.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dort sind Gelder für Klimaschutzmaßnahmen am effizientesten angelegt. Dort brauchen wir zum Beispiel in den Bereichen Technologie und Beratung eine verstärkte Zusammenarbeit. Es ist ein Durchbruch, dass wir für China eine Art Einspeiseverordnung mit beraten und durchgesetzt haben. Das ist auch für die Zukunft Chinas ungeheuer viel wert. Schließlich müssen wir versuchen, den Schutz der Wälder auch in den Entwicklungsländern viel stärker durchzusetzen. Allein hier gibt es ein Einsparungspotenzial von 20 Prozent, das mit relativ geringen Mitteln erzielt werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

- (B) Ich bin der Meinung, dass der ganze CDM-Prozess immer noch viel zu kompliziert ist. Auch hier gibt es viele Hausaufgaben.

Kurz gesagt, der Schutz von Klima und Schöpfung ist meiner Ansicht nach mit die größte Herausforderung der Politik in den nächsten Jahren und vielleicht in den nächsten Jahrzehnten. Hier ist mit Ideologie und Feigheit nichts zu erreichen; vielmehr müssen wir gemeinsam pragmatisch und entschlossen vorgehen. Insofern hat unsere Bundeskanzlerin für den G-8-Gipfel unsere geballte Rückendeckung.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Die Kollegin Eva Bulling-Schröter ist die nächste Rednerin für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bilanz der deutschen Klimapolitik misst sich an den Fakten, und zwar an den tatsächlichen Einsparungen an Treibhausgasen; dazu hat Gregor Gysi vorhin das Wesentliche gesagt. Kurz gefasst, wir liegen bei den CO₂-Emissionen über dem Niveau von 1999. Noch einmal: Ohne den Osteffekt würden wir international schön dumm dastehen.

- Diese ernüchternde Bilanz ist – das können wir Ihnen nicht ersparen – auch eine Bilanz der rot-grünen Vorgängerregierung. Ich finde, wer 7 Prozent mehr Emissionsrechte verteilt, als von den Unternehmen zwischen 2000 und 2002 überhaupt CO₂ ausgestoßen wurde, wer zudem langfristige Privilegien für die Kohle festschreibt und dann auch noch die Zertifikate vollständig verschenkt, braucht sich über dieses Ergebnis nicht zu wundern. Wir haben hier erlebt, dass Sie sich gegenseitig die Schuld zuschieben. Das nützt uns gar nichts. Wir müssen das besser machen – Sie waren damals in der Verantwortung – und daraus die Konsequenzen ziehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Jetzt zum ungebremsten Wachstum des **Straßengüterverkehrs** und des **Flugverkehrs**. Da wird offensichtlich, dass in den letzten Jahren in Sachen Klimapolitik einiges schiefgelaufen ist. Das Statistische Bundesamt sagt, es habe im letzten Jahr 6,5 Prozent mehr Flugverkehr gegeben. Was tun Sie? Sie weisen weitere Flughäfen aus. Diese werden staatlich finanziert. Hier muss ein Umdenken erfolgen. Wenn wir das wirklich wollen, müssen die Finanzströme anders fließen, zum Beispiel auch im Zusammenhang mit dem Ausbau des Münchener Flughafens.

(Beifall bei der LINKEN)

Natürlich erkennen wir an, dass es durch das EEG einen gewaltigen Zuwachs an Strom aus Wind, Wasser, Biomasse und Fotovoltaik gegeben hat. Diese Politik müssen wir ausbauen; diese Politik unterstützen wir weiter.

(D)

Doch allein über das EEG ist eine Energiewende nicht hinzubekommen. Man muss sich mit den Konzernen dort anlegen, wo es richtig wehtut. Genau um das geht es.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein anspruchsvoller Emissionshandel wäre so etwas – oder auch eine wirksame Begrenzung des Flug- oder des Schwerlastverkehrs. Da muss man eben ran.

Aktuell geht es aber vor allem darum, zu verhindern, dass in Deutschland 44 neue **Kohlekraftwerke** – ich wiederhole: 44 – gebaut werden. Diese geplanten Kraftwerksneubauten würden bis 2020 einen Anstieg über das CO₂-Niveau von 1990 bedeuten. Bis zur Mitte des Jahrhunderts würde dieser Kraftwerkspark Jahr für Jahr gut 100 Millionen Tonnen mehr CO₂ in die Atmosphäre blasen, als laut dem Reduktionsziel der Bundesregierung erlaubt ist. Würden diese Kraftwerke gebaut, dann wären die Weichen der deutschen Klimapolitik für ein halbes Jahrhundert gestellt; denn sie laufen dann 40, 50 oder 60 Jahre. Das wissen Sie, meine Damen und Herren.

Mich interessiert an dieser Stelle: Wie kommt es eigentlich zu diesen Planungen? Herr Gabriel sagt, wir befänden uns auf dem richtigen Pfad. Wenn das so ist, dann würden die Energieversorger doch gar nicht auf solche Ideen kommen. Oder ist es so, dass der Emissionshandel diese überhaupt nicht interessiert? Den Energieversorgern wird es total leicht gemacht; denn sonst wären solche Planungen gar nicht möglich.

Eva Bulling-Schröter

- (A) Zum Glück hat die EU-Kommission kürzlich zumindest die größten Fehler des deutschen Zuteilungsplans für die nächste Handelsperiode beseitigt. Die Gesamtobergrenze, das Cap, ist deutlich gesenkt worden. Es ist verboten worden, die Kohlemeiler 14 Jahre lang zu privilegieren. Wir begrüßen das sehr und haben das unterstützt. Aber nun will die Bundesregierung wiederum der Braunkohle einen Bonus zuschanzen. Wir haben über die CO₂-Bilanz gesprochen. Bedenken Sie, was Sie da tun! Bedenken Sie, was Sie damit anrichten! Anscheinend hat diese Bundesregierung keine Lust auf ernsthafte Konflikte mit den EVUs.

In anderen Sektoren gäbe es eine Vielzahl von Minderungsoptionen. Die müssten jetzt einfach angegangen werden. Dazu liegen Anträge vor; da muss gehandelt werden. Zum Teil ist das – das sage ich an die Haushälter gewandt – nicht einmal mit Kosten verbunden.

Wir meinen, dass in diesem Bereich etwas getan werden muss, und haben ein Sofortprogramm vorgelegt, über das wir abstimmen können. Wir halten für die Zukunft eine energetische Schwerpunktsetzung auf Sonne, Wind, Biomasse und Wasser für notwendig, die auch der Volkswirtschaft nutzen wird. Das wissen wir nicht erst seit Nicholas Stern. Auch vor dem letzten IPCC-Bericht war schon bekannt, dass wir eine Abkehr von fossilen Energien brauchen. Die internationalen Konflikte wurden schon angesprochen.

- (B) Es gilt, das Ruder herumzureißen. Wir müssen das gemeinsam tun, aber das muss in einer Weise erfolgen, dass die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land den Prozess unterstützen. Dann muss auch damit Schluss sein, dass in einkommensschwachen Haushalten im nächsten Winter, der vielleicht sehr kalt wird, Energiearmut herrscht oder dass es sich Kinder nicht mehr leisten können, mit dem Bus zu ihrem Sportverein zu fahren. Es geht nicht an, dass Energiekonzerne Zusatzgewinne in Milliardenhöhe aus dem Emissionshandel erzielen, wenn gleichzeitig dieses Geld an anderer Stelle dringend gebraucht wird.

(Beifall bei der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Ich erteile das Wort dem Kollegen Marco Bülow, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Marco Bülow (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich beginne mit einem Zitat:

Gerade unter den Nationen, die sich für die zivilisiertesten halten und die sich der großartigsten Fortschritte in der Wissenschaft rühmen, finden wir die größte Apathie und die größte Ruchlosigkeit, was das ständige Verschmutzen der wichtigsten aller Lebensnotwendigkeiten angeht.

Das ist kein neues Zitat. Es ist eine Feststellung von Alfred Russel Wallace von 1903. Leider haben ihn genau

die Nationen, die hier angesprochen wurden, in den darauf folgenden Jahrzehnten nicht Lügen gestraft. Wir haben erlebt, dass die Wälder abgeholzt, die Meere überfischt wurden und unsere Umwelt verschmutzt wurde, wobei wir lange Zeit nicht eingegriffen haben. (C)

Seit 30 Jahren gibt es Gott sei Dank eine andere Diskussionsgrundlage: Man spricht über den Umweltschutz und entsprechende Maßnahmen. Gerade auch in diesem Land wurden viele wichtige Maßnahmen auf den Weg gebracht, um dieses Vorgehen und die damit verbundene Politik zu ändern.

Allerdings müssen wir auch resümieren, dass wir für den Klimaschutz in den letzten 30 Jahren nicht besonders viel getan haben, obwohl die Erkenntnisse zugezogen haben und wir immer besser wissen, was der Klimawandel anrichtet. Er wird viel mehr anrichten als das, was in den letzten Jahrzehnten oder im letzten Jahrhundert passiert ist.

Deswegen ist Handeln – und zwar vor allem gemeinsam – das oberste Gebot. Es nützt nichts, Frau Künast, wenn wir uns jetzt zerfleischen und darüber reden, was in den letzten Jahren falsch gemacht worden ist. Wir müssen vor allem darüber reden, was wir gemeinsam in der nächsten Zeit richtig machen müssen.

(Beifall bei der SPD – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Der Satz hätte mit „Kelber“ anfangen müssen: Es nützt nichts, Herr Kelber!)

Ich freue mich über jeden, der bis vor kurzem noch eine andere Politik betrieben hat und für den Klimawandel und Umweltschutz kein Thema war, der aber heute darüber redet und es ernst meint. Ich weiß, dass das viele tun, und zwar in allen Fraktionen. So müssen wir die Zukunft gestalten. (D)

Wir müssen mit Fingerspielen im Sinne von „Wer hat Schuld?“ oder „Wer macht mehr?“ aufhören, aber auch mit dem Motto: Die anderen emittieren viel mehr CO₂; deswegen müssen wir am Anfang nichts tun. Oder: Die sind noch viel schlimmer als wir; die Amerikaner verbrauchen noch viel mehr. – Ich denke, jetzt geht es darum, wer mutig ist und vorangeht.

Wir müssen vor allen Dingen lernen, wie die immer noch Ewiggestrigen und die Zauderer und Zögerer überzeugt werden können, das Richtige zu tun. Ich will auf einige Punkte eingehen. Es gibt zum Beispiel immer noch das Argument, **Erderwärmung** habe es immer gegeben und es werde sie auch in Zukunft geben; wie will der Mensch dazu beitragen, sei nicht so wichtig. Erderwärmung hat es in der Tat immer gegeben. Es gab schon Eiszeiten, als es noch keine Menschen gab. Das ist alles richtig. Erderwärmung wird es auch in Zukunft geben, auch ohne Menschen. Denn die Natur wird nicht zerstört. Wir zerstören nur die Lebensgrundlagen der Menschen. Das heißt, Klimaschutz bedeutet in erster Linie weder Umweltschutz noch Naturschutz, sondern Menschenschutz. Ich denke, wir haben die egoistische Verantwortung, dafür zu sorgen, dass die Menschen auch weiterhin auf diesem Planeten leben können. Die Natur wird immer einen Weg finden, auch ohne uns und trotz

Marco Bülow

- (A) Klimawandels. Deswegen müssen wir vor allen Dingen dafür sorgen, dass wir unsere Lebensgrundlagen schützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ein weiterer Punkt. Es wird gesagt, wärmere Temperaturen seien doch ganz gut, dann könne man sich draußen hinsetzen, auch schon im April. Wir erleben das gerade. Außerdem sei es schön, wenn wir hier irgendwann Rotwein, Cabernet Sauvignon, usw. anbauen können. Das alles sind schöne Phrasen. Wenn ich das heute in Zeitungen wie „Welt“ und „FAZ“ lese, dann muss ich sagen: Die Leute haben nichts dazugelernt.

Denn ich weiß nicht, ob es den Menschen gefällt – ich lebe im Ruhrgebiet, also in einer Gegend, in der ganz viele Menschen zusammenleben –, dass ein Sommer wie der im Jahr 2003 in 20 Jahren ein Durchschnittssommer sein wird. Der Sommer 2003 bereitete vor allen Dingen älteren Menschen und kleinen Kindern große Probleme, weil er so heiß war. Wenn das ein Durchschnittssommer wird, glaube ich, müssen wir dazulernen. Wir werden merken, dass es nicht unbedingt so schön ist, draußen zu sitzen. Auf Rotwein können wir verzichten. Den kann man aus anderen Ländern importieren. Außerdem hat Deutschland sehr guten Weißwein und teilweise auch Rotwein.

(Fritz Kuhn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Badischen!)

- (B) Deswegen, glaube ich, sind das die falschen Argumente in dieser Debatte.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Punkt, den ich auch nicht mehr hören kann, ist folgender: **China** verbraucht seine Kohlereserven sowieso, dann sollten sie es lieber mit unserer Technologie tun. Ja, es ist mit unserer Technologie ein bisschen besser. Aber wenn China seine Kohlereserven verbraucht – egal mit welcher Technologie –, wird diese Erde nicht mehr zu retten sein. Wir müssen mit anderen Technologien vorangehen. Bis dahin müssen wir mit der vorhandenen Technologie arbeiten, zum Beispiel mit Kraft-Wärme-Kopplung. Gleichzeitig müssen wir andere Technologien wie die erneuerbaren Energien und solche zur Effizienzsteigerung voranbringen, sodass die Chinesen irgendwann aufhören, ihre Kohle komplett zu verbrennen. Ansonsten brauchen wir die Diskussion über Klimawandel und Klimaschutz nicht mehr zu führen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Zum Schluss lassen Sie mich bezüglich Klimaschutz und **Atomkraft** auf Folgendes hinweisen – ich will dazu nur ein Argument nennen –: Wenn wir in diesem Jahr einen Sommer wie 2003 erleben – vieles deutet darauf hin; vielleicht wird er sogar noch ein bisschen heißer –, dann möchte ich vor allen Dingen in Frankreich die Diskussion erleben, wenn zum einen das Wasser knapp wird und zum anderen das wenige Wasser, das vorhanden ist, stark erwärmt ist. Dann wird es eine Diskussion darüber

geben, die Kraftwerke abzuschalten. Dann wird der so billige Atomstrom auf einmal schweineteuer. Das wird zu erheblichen Engpässen führen. Ich bin froh, dass wir schon jetzt nur noch einen Anteil des Atomstroms von 25 Prozent haben. Je weniger wir haben, desto weniger Probleme werden wir in den zukünftigen Sommern haben. (C)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wallace hatte 1903 zwar recht, aber wir müssen dafür sorgen, dass wir in 20, 30 Jahren sagen können: Die sogenannte zivilisierte Welt insgesamt und die Länder mit dem größten Fortschritt sind vorangegangen und haben versucht, ihre Fehler gutzumachen, und zwar gemeinsam.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nächster Redner ist der Kollege Dr. Reinhard Loske, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Dr. Reinhard Loske (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Marco Bülow hat natürlich recht: Man sollte den Blick nicht zu sehr nach hinten richten und darüber lamentieren, wer früher was gesagt hat. Aber wenn jetzt beispielsweise Herr Kauch sagt, es sei schön, dass die EU-Kommission die Emissionsrechte weiter kürzt, erinnert man sich schon daran, wie Frau Homburger hier früher darüber geklagt hat, dass der Emissionshandel die deutsche Industrie in die Knie zwingt. Man muss schon bei der Wahrheit bleiben. (D)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wenn sich Frau Reiche – ich weiß nicht, ob sie noch anwesend ist – jetzt als die Freundin der erneuerbaren Energien hinstellt, erinnert man sich an die Diskussion in der letzten Legislaturperiode, als dieses Gesetz in Grund und Boden geredet wurde. Wenn es dieses Gesetz nicht gegeben hätte, hätte es diesen starken Aufwuchs nicht gegeben. Dieses Auseinanderklaffen von Worten und Taten ist schon enorm.

Kollege Kelber, Sie wissen, dass ich Sie schätze, aber die Position, die Sie hier zu beziehen versuchen – die Sozialdemokratie sei in Wahrheit die Treiberin beim Klimaschutz gewesen, und die Grünen hätten das leider nicht mitgemacht –, verkennt die fundamentale Tatsache, dass es vor allen Dingen Ihre Minister waren, die uns beim Klimaschutz einen Knüppel nach dem anderen zwischen die Beine geworfen haben. Bei dieser Wahrheit muss man schon bleiben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will, weil die Redezeit knapp bemessen ist, jetzt vor allem auf die Regierungserklärung des Umwelt-

Dr. Reinhard Loske

- (A) ministers eingehen. Sie war interessant und hat viele richtige Elemente enthalten. Gerade das, was der Minister zu den Zielen und zur internationalen Kooperation gesagt hat, können wir ausdrücklich unterstützen.

Einen Punkt finde ich allerdings falsch. Sie stellen in Ihrer Argumentation die **Technik** gegen den **Lebensstilwandel**. Das ist völliger Quatsch. Wir brauchen natürlich beides. Wir brauchen technische Innovationen auf allen Ebenen: erneuerbare Energien, Effizienzsteigerung, Einsparungen, Kraft-Wärme-Kopplung etc. pp. Aber wir brauchen auch Veränderungen im Lebensstil. Ich möchte Sie bitten, diese Punkte nicht so scharf voneinander abzugrenzen, nach dem Motto: Hier sind die Verzichtsapostel, da sind die Technikfreunde. Die Wahrheit ist: Wir brauchen Lebensstilveränderung und technische Innovation. Wir finden, dass das gut zusammenpasst.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man hat heutzutage manchmal den Eindruck: Es gibt in Deutschland keine Parteien mehr; es gibt nur noch Klimaschützer. Wenn es so wäre, wäre das auch gut; darüber gäbe es gar nichts zu klagen. Aber ich will schon noch einmal auf die einzelnen Punkte eingehen, die die Regierung in den letzten Monaten vorangetrieben hat.

Beim Klimaschutz im **Automobilsektor**, der CO₂-Emissionsgrenze für Autos, beispielsweise haben Sie in Brüssel ganz massiv auf der Bremse gestanden und das Gegenteil von dem getan, was Sie hier gesagt haben. Das war nicht glaubwürdig; das muss man ganz klar sagen.

- (B) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Emissionshandel mussten Sie auf der einen Seite von der Kommission zum Jagen getragen werden, und auf der anderen Seite versuchen Sie jetzt durch die Hintertür, heimlich Braunkohleprivilegien einzuführen. Auch das ist nicht glaubwürdig, finden wir.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Oder nehmen wir den **Energiepass für Gebäude**, der gestern im Kabinett verabschiedet worden ist. Die vollkommen richtige tragende Idee dabei ist, dass die CO₂-Werte bzw. die energetischen Qualitäten eines Gebäudes sich auch im Immobilienwert und in den Mieten widerspiegeln können. Aber was Sie gestern mit dem Energiepass verabschiedet haben, ist nichts Halbes und nichts Ganzes. Die Leute wissen am Ende gar nicht, ob ein Gebäude energetisch gut oder schlecht ist. Auch das muss noch geändert werden, wie wir finden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ein weiteres Thema ist das **Tempolimit**; das ist heute noch gar nicht zur Sprache gekommen.

(Jörg van Essen [FDP]: Gott sei Dank!)

Ich finde es nicht gut, wenn Sie – der Herr Kollege Tiefensee ist nicht da; das gilt aber auch für Sie, Herr Minister Gabriel – die Klimaschutzwirkungen des Tempolimits immer wieder herunterspielen. Das ist falsch. Es gibt zwei starke Argumente. Das erste Argument ist:

Wenn wir ein Tempolimit von 120 Stundenkilometern auf Deutschlands Autobahnen einführen würden, würde sich das bezüglich der CO₂-Emissionen mit einer Senkung um 9 Prozent auswirken. Da können Sie nicht sagen, das sei nur Symbolpolitik. Es wundert mich wirklich, dass Sie als Umweltminister das behaupten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Jörg van Essen [FDP]: 90 Prozent der Autobahnen haben doch schon Geschwindigkeitsbegrenzungen!)

Das zweite Argument ist noch viel wichtiger: Wenn wir ein Tempolimit hätten – als einziges Industrieland der Welt haben wir heute keines, das muss man sich einmal vorstellen; wir haben da wirklich den zivilisatorischen Fortschrittszug verpasst –, dann würden auch Automobile anders gebaut; wenn sie auf Spitzengeschwindigkeiten von 150 und nicht von 250 Stundenkilometern ausgelegt würden, würden sich die Konstruktionsprinzipien ändern. Dann bräuchte man weniger Material, wir hätten weniger Energieverbrauch, und wir könnten mehr für den Klimaschutz tun. Das heißt, der Sekundäreffekt eines Tempolimits ist riesengroß. Geben Sie da endlich Ihre Blockadehaltung auf; denn sie ist falsch!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Ulrich Kelber [SPD]: Er unterstützt längst das Tempolimit!)

Zur **Atomenergie**. Ich kann das jetzt hier nicht im Einzelnen ausführen; aber ich rege zu folgendem gedanklichen Experiment an. Die Kollegen von der Union und von der FDP tun immer so, als sei die Atomenergie der „CO₂-Helfer“. Denken Sie einmal genau anders herum! Die Wahrheit ist nämlich: Wenn wir jetzt wieder die Schleusen für die Atomenergie aufmachen, ist das nichts anderes als eine Barriere, eine regelrechte Mauer in Bezug auf Neuinvestitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz. All die, die jetzt in den Startlöchern sitzen – bezüglich der Investitionen in erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Blockheizkraftwerke, Brennstoffzellen –, würden dadurch ein ganz schlechtes Signal bekommen; man würde ihnen einen Knüppel zwischen die Beine werfen. Also lassen Sie das bitte sein!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Ulrich Kelber [SPD])

Mir fehlt die Zeit, um meinen letzten Punkt – CCS, die **Kohlenstoffabscheidungstechnologie** – in aller Breite auszuführen. Das ist für uns vor allen Dingen ein Forschungsthema und kein energiepolitisches Thema. In den nächsten 15 Jahren, wenn der Löwenanteil an Investitionen im Kraftwerksbereich vorgenommen wird, steht diese CCS-Technologie, also Kohlenstoffabscheidung in Kohlekraftwerken und dessen Endlagerung, nicht zur Verfügung. Deswegen ist das im Moment mehr ein Ablenkungsmanöver als reale Klimapolitik. Darauf lassen wir uns auf gar keinen Fall ein.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb möchte ich abschließend sagen: Die Regierungserklärung war insofern gut, als sie klare Ziele for-

Dr. Reinhard Loske

- (A) muliert hat. Aber dass sie schon mit klaren Maßnahmen unterlegt worden wäre, wie Sie sagen, Herr Kollege Kelber, ist nicht der Fall. Vieles bleibt im Vagen, im Diffusen. Nach wie vor klaffen Worte und Taten bei Ihnen ziemlich deutlich auseinander. Das werden wir als Opposition genau beobachten und auch beim Namen nennen. Wir werden vor allen Dingen eigene Vorschläge machen, wie wir das bisher auch bei allen anderen möglichen Bereichen schon getan haben.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Frank Schwabe, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Frank Schwabe (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Geehrte Damen und Herren! Die Zeit läuft. Beim Umgang mit dem Klimawandel handelt es sich in der Tat um eine historische Aufgabe. Das ist heute schon deutlich geworden. Durch die Veröffentlichungen des Weltklimarates in den letzten Wochen sind drei Dinge ganz deutlich geworden:

Erstens. Das Zeitfenster für den notwendigen grundlegenden Umbau unseres Energiesystems ist klein. Es ist unsere Aufgabe, heute für Veränderungen zu sorgen.

- (B) Zweitens. Der Umgang mit dem Klimawandel kostet schon jetzt; er wird weiter kosten – so oder so. Es ist aber viel teurer und möglicherweise nicht mehr vernünftig zu steuern, wenn wir nichts oder nur sehr wenig tun. Das hat spätestens der Stern-Bericht deutlich gemacht.

Drittens. Es ist richtig: Die Schwellen- und Entwicklungsländer werden die Industrieländer in den nächsten Jahren beim Ausstoß von Treibhausgasen überholen. Deutschland ist „nur“ für 3 Prozent verantwortlich. Aber wir haben es in der Hand – es ist wie beim Dominoeffekt –: Wir müssen deutlich machen, dass Wohlstand, ein hoher Lebensstandard und eine klimafreundliche Lebensweise zusammenpassen. Die Zahlen über den Pro-Kopf-Ausstoß in China, Amerika und Deutschland sind schon genannt worden. Wir sollten uns angesichts dieser Zahlen nicht zu weit aus dem Fenster lehnen. Wir haben noch unsere Hausaufgaben vor Ort zu machen.

Deshalb ist es richtig, dass sich Deutschland zu einer Senkung der **Treibhausgasemissionen** bis 2020 um 40 Prozent verpflichtet. Frau Künast, warum loben Sie das eigentlich nicht? Herr Kauch, warum sagen Sie dazu eigentlich nichts? Kann es sein, dass die FDP ein solches Ziel nicht vertritt? Sie haben viel geredet, aber es wäre ganz gut, wenn Sie einmal sagen würden, mit welchen Positionen man in die internationalen Verhandlungen gehen sollte. Wir sind vielleicht gemeinsam auf der Weltklimakonferenz in Nusa Dua, Indonesien. Es wäre ganz gut, wenn sich die FDP zu diesen Zielen bekennen würde.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(C)

Sigmar Gabriel als zuständiger sozialdemokratischer Umweltminister hat sich nicht nur heute, sondern bereits schon auf der Weltklimakonferenz Ende des letzten Jahres in Nairobi dazu bekannt und damit – die dort anwesend waren, haben es mitbekommen – begeisterte Reaktionen im Saal ausgelöst, und zwar deshalb, weil damit deutlich wurde und wird: Wir wollen, dass alle mitmachen, und es müssen alle mitmachen. Aber Deutschland erkennt seine Verantwortung als großer Industriestaat an. Deutschland erkennt auch die ökonomischen, vor allem die sozialen und ökologischen Chancen, die mit einer konsequenten Bekämpfung des Klimawandels verbunden sind. Wir beenden das Schwarze-Peter-Spiel des „Geh du voran – wir warten ab“. Das ist die große Verantwortung, die wir gemeinsam im Hause tragen.

Das deutsche Bekenntnis zu den 40 Prozent ist das Pfand dazu, dass die Bundeskanzlerin und der Bundesumweltminister in der Lage sind, die internationale Klimadebatte auf dem G-8-Gipfel und dann bei der Weltklimakonferenz in Indonesien in Gang zu bringen.

Zu den einzelnen Maßnahmen, die heute vorgestellt wurden – ich denke, das ist in sehr umfassender Weise geschehen –, will ich im Einzelnen nichts sagen. Ich möchte nur erwähnen, dass wir national entsprechend handeln müssen, wenn wir mit unseren Reduktionszielen glaubwürdig sein wollen. Deshalb begrüße ich es ausdrücklich, dass Minister Gabriel heute ein Acht-Punkte-Paket vorgelegt hat. Damit ist eine Senkung um 270 Millionen Tonnen im Bereich der Treibhausgase verbunden. Wir werden als Sozialdemokraten auf eine schnelle Umsetzung drängen.

(D)

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms)

Ein Mittel dazu ist der **Emissionshandel** mit CO₂-Verschmutzungsrechten. Es ist schon eingestanden worden, dass er bisher – man kann lange darüber streiten, woran das liegt – nicht sehr effektiv war. Lobbyinteressen haben sich durchgesetzt. Aber wir haben hinzugehört, sicherlich auch mithilfe von klaren Hinweisen aus Brüssel, die im Übrigen für fast alle Staaten Europas galten.

Das Signal des jetzigen Plans an die Investoren, an die Wirtschaft und an die Börsen ist klar: Die Anzahl der Verschmutzungsrechte geht massiv nach unten. Stellt euch also ab 2008 darauf ein, dass es weniger Verschmutzungsrechte gibt! Seid euch im Klaren, dass es ab 2013 noch massiver nach unten gehen wird! Das ist politisch geboten und ökonomisch machbar und löst im Übrigen weitere Innovationen aus. Wer sich frühzeitig darauf einstellt, wird Vorteile haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin mir sicher: Neben dieser Verknappung der Zertifikate brauchen wir noch ein weiteres Signal, das wir im Rahmen des Gesetzgebungsverfahrens geben müssen. Das CO₂ braucht einen Preis, und es braucht ei-

Frank Schwabe

- (A) nen funktionstüchtigen Mechanismus, mit dem der Preis gebildet werden kann. Alle mit dem Thema befassten Umweltökonominnen – mittlerweile auch viele gesellschaftlichen Gruppen wie zuletzt Vertreterinnen und Vertreter der evangelischen und der katholischen Kirche – haben sich dafür ausgesprochen. Ich begrüße es daher – es wäre gut, wenn dies noch andere begrüßen würden, statt nur herumzulamentieren –, dass sich der Bundesumweltminister nicht nur in Interviews in den letzten Tagen, sondern auch heute in der Regierungserklärung klar für die **Versteigerung von Zertifikaten** ausgesprochen hat. Ich habe den Eindruck, die Opposition, die das gerne zum Hauptthema in den nächsten Wochen gemacht hätte, ist auf dem falschen Fuß erwischt worden. So sind diese relativ emotionalen Reaktionen zu erklären.

Die Krokodilstränen gerade der Energieversorger sind an vielen Stellen, aber besonders an dieser Stelle fehl am Platze. Mit einem Versteigerungsanteil von 10 Prozent machen wir nichts anderes, als 10 Prozent der ungerechtfertigten Zusatzprofite der letzten Jahre abzuschöpfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Es ist völlig klar: Im Rahmen der Versteigerung kann Deutschland seine wahre europäische Vorreiterrolle beweisen. Kollege Gysi hat vorhin behauptet, in Europa würden alle in vorbildlicher Weise vorgehen. Das ist mitnichten so. Warum können in Europa höchstens 10 Prozent versteigert werden? Es gab ja eine Richtlinie. Einige Minister haben sich in ihrem Verantwortungsreich – ich will das nicht näher ausführen – nicht durchsetzen können, sodass nicht mehr versteigert werden konnte.

- (B) Für die europäische Debatte ist es meines Erachtens sehr wichtig, dieses Signal jetzt zu setzen. Wir als Deutschland müssen mutig vorgehen. Wer eine umfassende Versteigerung nach 2012 für richtig hält, muss jetzt dafür sorgen, dass es hier in Deutschland den Einstieg gibt. Das Parlament hat in diesem Zusammenhang in den nächsten Wochen eine besondere Verantwortung; dessen sollten wir uns bewusst sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als nächster Redner hat der Kollege Andreas Jung von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Andreas Jung (Konstanz) (CDU/CSU):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis vor einiger Zeit war Klimawandel ein Thema, das vornehmlich lokale Agenda-Gruppen bei ihren mehr oder weniger gut besuchten monatlichen Treffen beschäftigte.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Mich hat das immer beschäftigt!)

In der letzten Woche hat sich der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen zum ersten Mal mit dem Weltklima be-

fasst. Diese Gegenüberstellung zeigt, welche Dramatik die Debatte um Klimaschutz erreicht hat, und zwar zu Recht, wie ich finde; denn wir erkennen die **ökologische Dimension** in viel größerer Tragweite als noch vor einigen Jahren. Heute wissen wir: Der Klimawandel findet statt. Er hat uns erreicht. Er beschleunigt sich. Am Ende wird es nur Verlierer geben.

Hinzu kommt, dass wir spätestens seit Nicholas Stern wissen, dass es auch eine wirtschaftliche, eine **ökonomische Seite** gibt. Seine Botschaft ist klar und deutlich: Nicht zu handeln, wird uns teuer zu stehen kommen – weit teurer, als jetzt entschieden und konsequent zu handeln.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ein dritter Aspekt rückt jetzt in den Mittelpunkt der Debatte, auch durch ein von ehemaligen amerikanischen Generälen und Admirälen vorgelegtes Gutachten. Sie machen deutlich, dass Klimawandel einen **sicherheitspolitischen Aspekt** hat. Sie befürchten weltweite Spannungen, Konflikte und Flüchtlingsströme. Sie sagen: Klimawandel wird zu einer ernststen Bedrohung für die Sicherheit der Vereinigten Staaten.

(Lutz Heilmann [DIE LINKE]: Das ist doch nicht neu! Das hat die NATO doch schon in den 80er-Jahren gesagt!)

Sie behaupten, dies könne Extremismus und Terrorismus fördern.

(D) Das alles in seiner ganzen Tragweite sagt uns meines Erachtens, dass Klimawandel die globale Herausforderung im 21. Jahrhundert ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, dass wir diese Erkenntnis all denjenigen unserer Partner vermitteln müssen, die sich bisher dem Kiotoprozess verschließen und nicht im internationalen Klimaschutz mitarbeiten.

Auch den Amerikanern müssen wir das immer wieder sagen. Wir müssen ihnen sagen: Kein Staat dieser Welt kann heute eine globale Führungsrolle beanspruchen, der sich beim Klimaschutz verweigert.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Deshalb müssen wir die Vereinigten Staaten in diesen Prozess hineinholen. Ich nenne sie als Erstes, weil sie als weltweit größter Emittent natürlich eine Schlüsselrolle spielen; denn heute lehnen sich viele zurück und sagen: Wenn diejenigen, die am meisten zur Verschmutzung beitragen, nichts machen, müssen wir erst recht nichts tun.

Natürlich brauchen wir aber auch China und Indien. Wir brauchen die Schwellenländer und die Entwicklungsländer. Es gibt Berechnungen, nach denen die Entwicklungsländer ab dem Jahr 2020 mehr CO₂ emittieren werden als die Industrieländer.

Andreas Jung (Konstanz)

- (A) Das muss man erkennen und daraus den Schluss ziehen, dass auf diese globale Frage natürlich nur eine **globale Antwort** gegeben werden kann.

Trotzdem entlastet uns das nicht von unserer Verantwortung. Wir als Industrieländer tragen den Hauptteil der Verantwortung.

Deshalb ist es richtig, dass die Bundeskanzlerin, die Bundesregierung und die Große Koalition sich zu unserer Vorreiterrolle bekennen, die wir als Europäische Union haben und die wir mit dem ganz konkreten Ziel verfolgen, dass sich die Industrieländer verpflichten sollen, ihren Treibhausgasausstoß um 30 Prozent zu reduzieren.

Dazu haben wir, die CDU/CSU und die SPD, uns in unserem Nairobi-Entwurf bekannt. Darin haben wir mit aller Deutlichkeit gesagt: Um das Ziel einer Reduzierung um 30 Prozent zu erreichen, sind wir bereit, mehr zu machen. Wir haben uns auf die Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages berufen und uns dazu bereit erklärt, unsere CO₂-Emissionen bis 2020 um bis zu 40 Prozent zu reduzieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Ich finde das Bekenntnis zu dieser Vorreiterrolle richtig. Gleichzeitig weiß ich, dass der eine oder andere in der Wirtschaft Bedenken hat und ein **40-Prozent-Ziel** als Bedrohung empfindet. Ich bin der Überzeugung: Das Gegenteil ist richtig. Ein 40-Prozent-Ziel und damit ein engagierter Klimaschutz stellt keine Bedrohung dar, sondern bietet eine Chance für effizientes Wirtschaften und auch eine Chance für Arbeitsplätze in Deutschland durch neue Technologien.

(B)

Ich will das an einem Paradebeispiel belegen: an dem **CO₂-Gebäudesanierungsprogramm** der Bundesregierung. Die Bundesregierung hat nach ihrem Amtsantritt die Mittel für dieses Programm von früher 300 000 Euro mehr als vervierfacht und auf 1,4 Milliarden Euro im Jahr bzw. über 5 Milliarden Euro insgesamt in dieser Legislaturperiode aufgestockt. Damit wird unglaublich viel im Bereich der Reduktion von CO₂-Emissionen erreicht. Gleichzeitig profitiert aber auch der kleine Handwerksbetrieb vor Ort. Wir erleben hier regelrecht einen Aufschwung. Die Handwerksbetriebe können sich vor Aufträgen, die aus diesem Programm resultieren, kaum retten. Schließlich sinken auch die Heizkosten. Davon profitieren alle Bürger, sowohl Mieter als auch Selbstnutzer. Ich finde, das ist ein Paradebeispiel dafür, dass Ökonomie und Ökologie keine Gegensätze sind und Klimaschutz auch als Chance begriffen werden kann.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie des Abg. Dr. Reinhard Loske [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dasselbe gilt für den Bereich der **regenerativen Energien**, in dem wir führend sind in der Welt. Ich erinnere mich an ein Gespräch mit Achim Steiner in Nairobi. Er kam gerade zurück aus China und sagte, dass man dort bei allem Widerwillen, der bezüglich einer Beteiligung an internationalen Klimaschutzprogrammen herrscht, die ökonomische Seite des Einsatzes dieser Energien erkannt habe und gerade ein milliardenschweres Pro-

gramm zur Förderung regenerativer Energien auflegen würde. Wir müssen, wie ich finde, an uns den Anspruch stellen, auch zukünftig in diesem Bereich an der Spitze zu stehen und Hauptexporteur dieser Technologien in der Welt zu bleiben. Deshalb werden wir auch in Zukunft die Förderung in diesem Bereich fortführen und noch verbessern. Das gilt für den Bereich der regenerativen Energien insgesamt, in besonderer Weise – das ist schon angesprochen worden – für den Bereich der regenerativen Wärme.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Jetzt habe ich zwei Bereiche angesprochen, das Gebäudesanierungsprogramm und die erneuerbaren Energien. Hier machen wir nicht nur genauso viel wie Rot-Grün, indem wir alle Programme, die bisher aufgelegt wurden, fortführen, sondern auch noch vieles darüber hinaus. Deshalb finde ich es schon verwunderlich – ich komme jetzt zum Thema **Emissionshandel** –, wenn jetzt der Nationale Allokationsplan der Bundesregierung vonseiten der Grünen angegriffen wird. Frau Künast hat vorhin gesagt, sie wolle sich gerne auf einen Wettbewerb einlassen, nur nicht mit der SPD, weil die in ihrer damaligen Koalition der Bremser gewesen wäre. Aber ansonsten würde sie anbieten, in einen solchen Wettbewerb einzutreten. Ich finde, wir als CDU/CSU haben allen Grund, diesen Wettbewerb anzunehmen. Frau Künast muss sich dabei aber schon gefallen lassen, nicht an dem gemessen zu werden, was sie jetzt aus der Opposition heraus fordert, sondern an dem, was die rot-grüne Bundesregierung getan hat.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(D)

Zu ihren Ausführungen, Arnold Schwarzenegger würde Leute nach Deutschland schicken, um zu schauen, wie man den Emissionshandel nicht aufziehen sollte, kann ich nur sagen: Es gibt bisher nur eine einzige Form des Emissionshandels, einen einzigen Nationalen Allokationsplan, und diesen hat der Kollege Trittin zu verantworten.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Gabriele Groneberg [SPD])

Abschließend noch eine Bemerkung hierzu. Die Wahrheit ist am Ende immer konkret. Minister Gabriel hat die Fakten genannt: Der damalige Minister Trittin hat CO₂-Zertifikate im Umfang von 510 Millionen Tonnen verteilt, wir aber werden erheblich weniger ausgeben und damit immerhin bedeutend mehr für Klimaschutz als die rot-grüne Bundesregierung machen. Ich finde, auf diesem Weg sollten Sie uns zwar kritisch, aber konstruktiv begleiten und unsere Leistung dann auch anerkennen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Auch ich bin der Meinung, dass noch die eine oder andere Diskussion zu führen ist. So wird ja darüber diskutiert, ob eine Versteigerung von Emissionszertifikaten in dem Umfang, wie ihn die Europäische Union vorsieht, richtig ist. Ich persönlich bin dafür. Es gibt viele Befürworter in den Reihen der Koalitionsfraktionen und auch in den Reihen von CDU und CSU. Es gibt aber die eine oder andere offene Frage. Diese Fragen werden wir im

Andreas Jung (Konstanz)

- (A) Gesetzgebungsverfahren diskutieren. Ich glaube, das ist der richtige Weg, und ich bin sicher, wir werden am Ende gemeinsam zu einem guten Ergebnis kommen.

Ich möchte noch eine letzte Bemerkung zur **Verkehrspolitik** machen: Es ist ja unbestritten, dass auch der Verkehrssektor in den Klimaschutzprozess einbezogen werden muss. Genau dies geschieht auch im Bereich des Pkw-Verkehrs mit der Umstellung der Bemessungsgrundlage für die Kraftfahrzeugsteuer auf den CO₂-Ausstoß und im Bereich des Flugverkehrs, indem er auf europäischer Ebene in den Emissionshandel einbezogen werden soll.

Ich glaube, dass man sagen kann, dass hier unglaublich viel in Bewegung ist. Die Bundesregierung wird ihrer Verantwortung gerecht. Sie wird dabei von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Nachdruck unterstützt, auch deshalb, weil „Klima schützen“ für uns als CDU und CSU immer auch „Schöpfung bewahren“ heißt. Deshalb stehen wir an der Seite der Bundeskanzlerin, die das Thema Klimaschutz zum Topthema in Europa und in der ganzen Welt gemacht hat.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Rolf Hempelmann von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

- (B) **Rolf Hempelmann (SPD):** (D)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Klimaschutz steht ganz oben auf der politischen Agenda – das zeigt auch die heutige Regierungserklärung zum Klimaschutz –, und das ist gut so. Das sage ich auch als Wirtschaftspolitiker. Bei der SPD steht das nicht erst seit dem Stern-Review, dem IPCC-Report und der jetzt so großen Medienöffentlichkeit weit oben.

Wir sollten uns zwischen Rot und Grün da nicht schlechterreden, als wir waren oder sind. Zugegeben: Der Emissionshandel hat nicht so funktioniert, wie wir uns das vielleicht erhofft haben. Aber wir haben in den Jahren der rot-grünen Koalition auch andere Markenzeichen wie Erneuerbare-Energien-Gesetz, Ökosteuern oder Kraft-Wärme-Kopplung gesetzt. Wir haben in der Großen Koalition daran mitgewirkt, dass es ein CO₂-Gebäudesanierungsprogramm, den Gebäudeenergieausweis oder zum Beispiel auch eine Biokraftstoffstrategie gibt.

(Beifall bei der SPD)

Klar ist heute aber auch geworden: Das alles reicht noch nicht. Wir brauchen ein **Aktionsprogramm Klimaschutz** – das ist in den Eckpunkten von Sigmar Gabriel heute vorgestellt worden und von uns zu unterstützen –, das noch viel ambitionierter und wesentlich konsequenter als alles ist, was wir bisher getan haben. Es ist ebenfalls deutlich geworden: Wir brauchen es vor allem zur Sicherung der Bewohnbarkeit unseres Planeten für die kommenden Generationen.

(C) Diese Aufgabe, Klimaschutz, ist für sich genommen schon schwierig genug. Politik wird allerdings zur Kunst – man sollte das in solchen Debatten gar nicht verschweigen –, wenn es darum geht, Klimaschutz mit ökonomischen und sozialen Zielen zu verbinden. Manches läuft da ganz automatisch, aber man muss schon sehr auch auf die Einzelheiten achten.

Es geht also um nicht weniger als um Sicherung der Bewohnbarkeit des Planeten, aber eben auch um Sicherung unseres Wohlstands und um Gewährleistung unserer Versorgung mit sicherer, aber auch bezahlbarer Energie. Es geht ebenfalls um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze im Bereich der Zukunftsenergien, im Bereich von Effizienztechnologien, aber durchaus auch – das ist im Vortrag des Bundesumweltministers ebenfalls deutlich geworden – im konventionellen Kraftwerkssektor.

Eines werden und dürfen wir nicht zulassen: eine Neueinteilung der Welt in Gut und Böse nach dem Motto: Gut sind die, die sich um die erneuerbaren Energien kümmern, und böse sind die anderen, die über Modernisierung und Arbeitsplätze etwa in konventionellen Bereichen sprechen. – Ich glaube, wir haben heute gelernt, dass wir auf Sicht beides benötigen.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Deutschland als Industrieland und als Land mit einem durch den Einsatz fossiler Brennstoffe geprägten Kraftwerkspark kommt im internationalen Klimaschutz eine etwas andere Aufgabe zu als einem Land wie Frankreich, das im Wesentlichen von Kernenergie lebt und nach wie vor stark agrarisch geprägt ist. Wir haben gezeigt, dass wir zu Hause **erneuerbare Energien** entwickeln und verstromen können und dass wir diese Technologien exportieren können. Das ist eine Erfolgsstory, die wir fortsetzen wollen.

Wir werden zeigen, dass wir zu Hause weitere Techniken zur umweltfreundlichen und klimaverträglichen Verstromung fossiler Energien entwickeln können. Wenn uns das gelingt und wenn wir Länder wie China oder Indien davon überzeugen, nicht nur, wie bisher, Windkraftanlagen von Deutschland zu importieren, sondern zum Beispiel auch umweltfreundliche Autos, stromsparende Elektrogeräte und konventionelle Kraftwerkstechnologien, dann werden wir ökologischen Fortschritt und wirtschaftlichen Erfolg miteinander verbunden haben. Nicht weniger erwarten die Menschen von uns.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Gabriele Groneberg von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Groneberg (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin unserem Umweltminister Sigmar Gabriel wirklich dafür

Gabriele Groneberg

- (A) dankbar, dass er so deutlich ausgeführt hat, welche Auswirkungen der Klimawandel auf die Entwicklungsländer hat. Insofern freue ich mich doppelt – mir steht wenig Zeit zur Verfügung –, dass ich jetzt auf die konkreten Maßnahmen eingehen kann, die wir hier in Deutschland auf den Weg gebracht haben, um auf den Klimawandel in den Entwicklungsländern zu reagieren und um diesen Ländern zu helfen.

Sigmar Gabriel hat neben der politischen und der zeitlichen zu Recht die **moralische Dimension** betont, die wir ausfüllen müssen. Daraus resultiert, dass in den Industrie- und Entwicklungsländern ein zweigleisiger Ansatz verfolgt werden muss: Die Bekämpfung der Ursachen und die Anpassung an die bereits eingetretenen Folgen müssen einander ergänzen. – Das ist keine neue Erkenntnis. Wir haben dies in den vergangenen Jahren nicht nur in etlichen Anträgen deutlich gemacht; wir sind vielmehr vor allen Dingen im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit und Entwicklung bereits aktiv Handelnde.

Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit räumt dem Ausbau erneuerbarer Energien und der Verbesserung der Energieeffizienz einen Vorrang ein. Unser vielfältiges Engagement auf diesem Gebiet dient dazu, den Zugang zu sauberer Energie zu verbessern, klima- und umweltschädliche Folgen zu reduzieren und zugleich die Armut zu mindern.

- (B) Bereits 2004 wurde im Zusammenhang mit der Internationalen Konferenz für Erneuerbare Energien in Bonn durch Bundeskanzler Gerhard Schröder und Entwicklungsministerin Heidemarie Wieczorek-Zeul die Sonderfazilität für erneuerbare Energien und Energieeffizienz – das ist ganz wichtig – auf den Weg gebracht. Wegen der starken Nachfrage dieses erfolgreichen Instruments hat diese Große Koalition die Zuschussmittel für 2007 bereits auf 50 Millionen Euro verdoppelt und das ursprünglich auf fünf Jahre angelegte Programm damit dauerhaft eingerichtet. Ich bedauere sehr, dass Frau Künast ausgerechnet jetzt nicht da ist; denn das sollte sie sich einmal anhören.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Auch bei der **Anpassung an den Klimawandel** unterstützt die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Entwicklungsländer, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, Wasserwirtschaft, Landwirtschaft und Gesundheitswesen. Darüber hinaus unterstützen wir den Klimafonds „Global Environment Facility“ zur Anpassung an den Klimawandel in den ärmsten Ländern in diesem Jahr mit einem Finanzierungsbetrag von 25 Millionen Euro.

Außerdem ist es uns wichtig, den in Nairobi beschlossenen Anpassungsfonds auf den Weg zu bringen, damit er auf der nächsten Weltklimakonferenz in Bali verabschiedet werden kann. Dieses innovative internationale Finanzierungsinstrument ist ein Schritt in die richtige Richtung. Mithilfe der durch den projektbezogenen Emissionshandel erzielten Abgaben könnten in Zukunft Milliarden von Dollar in den Anpassungsfonds einge-

speist werden. Es ist zwingend notwendig, dass die Entwicklungsländer, insbesondere die in Afrika, an dem im Rahmen des Kiotoprotokolls vereinbarten Instrument des **Clean-Development-Mechanism** – es ist heute schon mehrfach erwähnt worden – stärker partizipieren. Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir die Finanzierung dieser emissionsmindernden Maßnahmen in Entwicklungsländern ausweiten, indem wir zur Verbesserung der Rahmenbedingungen für Investitionen beitragen. Darin sind wir uns mit den Wirtschaftspolitikern einig.

Ich möchte einfach einmal eine Zahl nennen. Wir haben zurzeit 45 Partnerländer, in denen wir im Energiebereich und im Klimabereich tätig sind. Dafür haben wir ein Volumen von 1,6 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. Allein bei fünf Projekten haben wir 3,4 Millionen Menschen den Anschluss an zuverlässige und moderne Energieversorgung ermöglicht. Es wäre natürlich angebracht, hierfür konkrete Beispiele zu nennen. Dafür fehlt leider die Zeit. Wichtig ist, dass sich immer mehr Regierungen in den Entwicklungsländern aufmachen, sich vor allen Dingen im Klimabereich ganz ehrgeizige Ziele zu setzen. Sie tun das aus Überzeugung; denn sie wissen, dass es für ihre eigene positive Entwicklung zwingend notwendig ist. Darin wollen wir sie unterstützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU)

Ich möchte noch etwas zu unserem eigenen Verhalten sagen. Eine Diskussion über das, was, vorsichtig umschrieben, als „innovative Finanzierungsinstrumente“ bezeichnet wird, ist bei uns in Deutschland überfällig. Ich erwähne bewusst die Reizwörter „Ticketabgabe“ und „Kerosinsteuer“. Herr Kauch, Ihr Antrag leistet leider keinen positiven Beitrag dazu; denn seine Ausrichtung geht an vielem vorbei, was wir auf den Weg bringen müssen.

Ich frage mich, warum wir hier in Deutschland eine offene Diskussion scheuen. Andere EU-Länder sind schon längst auf diesem Feld unterwegs. Wir beklagen den massiven CO₂-Ausstoß, gleichzeitig behandeln wir **Bahn und Flugzeug** mit ihren unterschiedlichen Emissionen sehr ungerecht. Wir müssen da aktiv werden.

Also wende ich mich einfach einmal an die mutlosen Kollegen hier: Die Behauptung, es sei für unsere Luftverkehrsgesellschaften nicht zu finanzieren, halte ich für eine faule Ausrede; das muss ich jetzt einmal sagen. Wettbewerb kann und muss man international organisieren. Wenn wir da auch mit der FDP auf einen Nenner kommen, dann können wir das zusammen erreichen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzte Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt erteile ich das Wort der Kollegin Rita Schwarzelühr-Sutter von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

(A) **Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die unbequeme Wahrheit ist bei uns angekommen. Klimapolitik ist mehr als nur ein Lippenbekenntnis. Heute ist der Auftakt, um die Maßnahmen zum Klimaschutz zu beschleunigen.

Wir verfolgen im **Verkehrsbereich** ein breit gefächertes Maßnahmenpaket, das aus preispolitischen, technischen, ordnungsrechtlichen sowie Aufklärungs- und Informationsmaßnahmen besteht und den Aspekt der Wettbewerbsneutralität und der sozialen Verträglichkeit beachtet. Wir brauchen verbindliche CO₂-Obergrenzen in der EU, nachdem die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie aller Voraussicht nach nicht erfüllt wird. Das Ziel, den CO₂-Ausstoß bis 2012 auf 120 Gramm pro Kilometer zu senken, muss durch innovative Antriebstechnik und die Biokraftstoffstrategie erreicht werden. Deshalb muss auch die ACEA-Zusage der Automobilindustrie zur Reduzierung der spezifischen CO₂-Emissionen von Neufahrzeugen weiterentwickelt werden. Die Potenziale und technologischen Innovationen zur Erreichung der Minderungsziele sind vorhanden. Jetzt geht es darum, sie endlich zu nutzen.

Die Autoindustrie in Deutschland muss ernsthaft umdenken und dafür sorgen, dass effizientere Motoren den Markt durchdringen und neue Antriebstechnologien schnellstmöglich auf den Markt kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

(B) Die **Automobilindustrie** muss die Chancen der Technologieführerschaft nutzen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Dass der designierte VDA-Präsident auch Mitglied beim BUND ist, wird hoffentlich dazu führen, dass der Automobilverband mit einer konsequenten Klimastrategie nachhaltig zur CO₂-Minderung beitragen wird.

(Beifall bei der SPD – Dr. Uwe Küster [SPD]:
Sehr gute Idee!)

Nun ist der Mensch, insbesondere der Autofahrer und die Autofahrerin, eine träge Spezies. Die Warnungen vor den Auswirkungen des Klimawandels alleine reichen zum Umsteigen nicht aus. Anreize zum Kauf von klimafreundlichen Autos müssen verstärkt über den Geldbeutel erfolgen. Die Umstellung auf die **CO₂-basierte Kfz-Steuer** ist in der Ressortabstimmung und soll zum 1. Januar 2008 in Kraft treten. Käufer CO₂-armer Neuwagen werden dann mit weniger Kfz-Steuer belastet als diejenigen, die sich für klimaschädliche Modelle entscheiden. Meiner Meinung nach sollte jedes Gramm CO₂ mehr einen deutlichen Unterschied machen.

Damit der Autofahrer gleich beim Kauf eines neuen Autos die CO₂-Bilanz erkennen kann, soll ihm der **Klimapass** helfen. Noch in diesem Jahr wird er vom Bundesverkehrsministerium eingeführt.

Ich begrüße auch, dass unser Umweltminister heute angekündigt hat, dass die steuerlichen Privilegien für spritfressende Dienstfahrzeuge auf den Prüfstand sollen.

Mit der richtigen Fahrweise lassen sich leicht bis zu 25 Prozent Kraftstoff sparen, ohne auf Fahrkomfort, Fahrspaß und zügiges Fortkommen verzichten zu müs-

sen. Deshalb investiert das Verkehrsministerium in die Schulung der Fahrlehrer in **spritsparender Fahrweise**. Spritsparend Fahren heißt auch, mit angemessenem Tempo zu fahren. Herr Dr. Loske, wir sind offen für ein Tempolimit, aber wir setzen erst einmal auf die Maßnahmen, mit denen man bei der CO₂-Einsparung nicht klettert, sondern wirklich klotzen kann.

(Undine Kurth [Quedlinburg] [BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN]: Nur nichts tun!)

Um eine Tonne CO₂ zu erzeugen, braucht ein Flugzeug nur 3 000 Kilometer, ein Pkw 7 000 Kilometer und ein Zug 17 000 Kilometer pro Person. Fliegen kostet dennoch immer weniger. Die Prognosen gehen von einer Verdoppelung der Passagierzahlen im **Luftverkehr** in den nächsten 20 Jahren aus. Unter den Flugzeugen gibt es erhebliche Unterschiede. Wir haben ein Vorzeigemodell, den A380, das 3-Liter-Fahrzeug unter den Flugzeugen. Deshalb ist die Einführung emissionsabhängiger Landegebühren wichtig. Ich bin froh, dass München und Frankfurt am Main ab dem 1. Januar 2008 diesbezüglich eine dreijährige Testphase starten. Das wird sich sicherlich auf die Flotte der Luftverkehrsgesellschaften auswirken.

Ein ganz wichtiges Instrument zur Förderung der Energieeffizienz im Luftverkehr ist es, den Luftverkehr in den Emissionshandel einzubeziehen. Deutschland ist hierbei Motor. Wir müssen darauf achten, dass wir in der EU eine Einigung erzielen, damit auch die ICAO dies im Herbst aufgreift, dies global umgesetzt wird und damit auch der Luftverkehr seinen Beitrag zum Klimaschutz leistet.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin, kommen Sie bitte zum Schluss.

Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD):

Sofort.

Mit der gestern vom Bundeskabinett verabschiedeten Regelung zur Energieeinsparverordnung schaffen wir eine wesentliche Voraussetzung für mehr Transparenz auf dem **Wohnungs- und Immobilienmarkt**. Der Energieausweis ist wirklich ein Fortschritt. Aber wir dürfen nicht stehen bleiben. Wir brauchen in Zukunft für Neubauten das Passivhaus als Standard. Für Altbauten muss das Niedrigenergiehaus 40 zum Standard werden.

Das **Gebäudesanierungsprogramm** wurde schon oft angesprochen.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin, Ihre Zeit ist lange abgelaufen. Ich bitte, zum Schluss zu kommen.

Rita Schwarzelühr-Sutter (SPD):

Wir brauchen eine Verlängerung des CO₂-Gebäudesanierungsprogramms über 2009 hinaus.

Das Klima ist kein träges Faultier, sondern eine wilde Bestie, sagt Wallace Broecker. Deshalb lassen Sie uns

Rita Schwarzelühr-Sutter

- (A) auch keine Faultiere sein, sondern den Klimaschutz angehen, und zwar aktiv, nachhaltig und mutig.

Danke.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Andreas Jung [Konstanz] [CDU/CSU])

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 16/3355, 16/4610, 16/4760 und 16/5129 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen, wobei die Vorlagen auf den Drucksachen 16/3355 und 16/4760 federführend beim Ausschuss für Wirtschaft und Technologie beraten werden sollen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu dem Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen mit dem Titel „Für eine radikale und konsequente Klimapolitik“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/4766, den Antrag der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/3283 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

(B)

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Klares Signal für die Kyoto-II-Verhandlungen auf der UN-Klimakonferenz in Nairobi setzen“. Der Ausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/4767, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/3026 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung zu dem Antrag der Fraktion Die Linke mit dem Titel „Trendwende beim Klimaschutz im Verkehr – Nachhaltige Mobilität für alle ermöglichen“. Der Ausschuss empfiehlt unter Nr. 1 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/5135, den Antrag der Fraktion Die Linke auf Drucksache 16/4416 abzulehnen. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Auch diese Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

Unter Nr. 2 seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 16/5135 empfiehlt der Ausschuss die Ablehnung

des Antrags der Fraktion des Bündnisses 90/Die Grünen auf Drucksache 16/4429 mit dem Titel „Wirksame Klimaschutzmaßnahmen im Straßenverkehr ergreifen“. Wer stimmt für diese Beschlussempfehlung? – Wer stimmt dagegen? – Enthaltungen? – Die Beschlussempfehlung ist mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und der FDP-Fraktion bei Gegenstimmen der Fraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen angenommen.

(C)

(D)